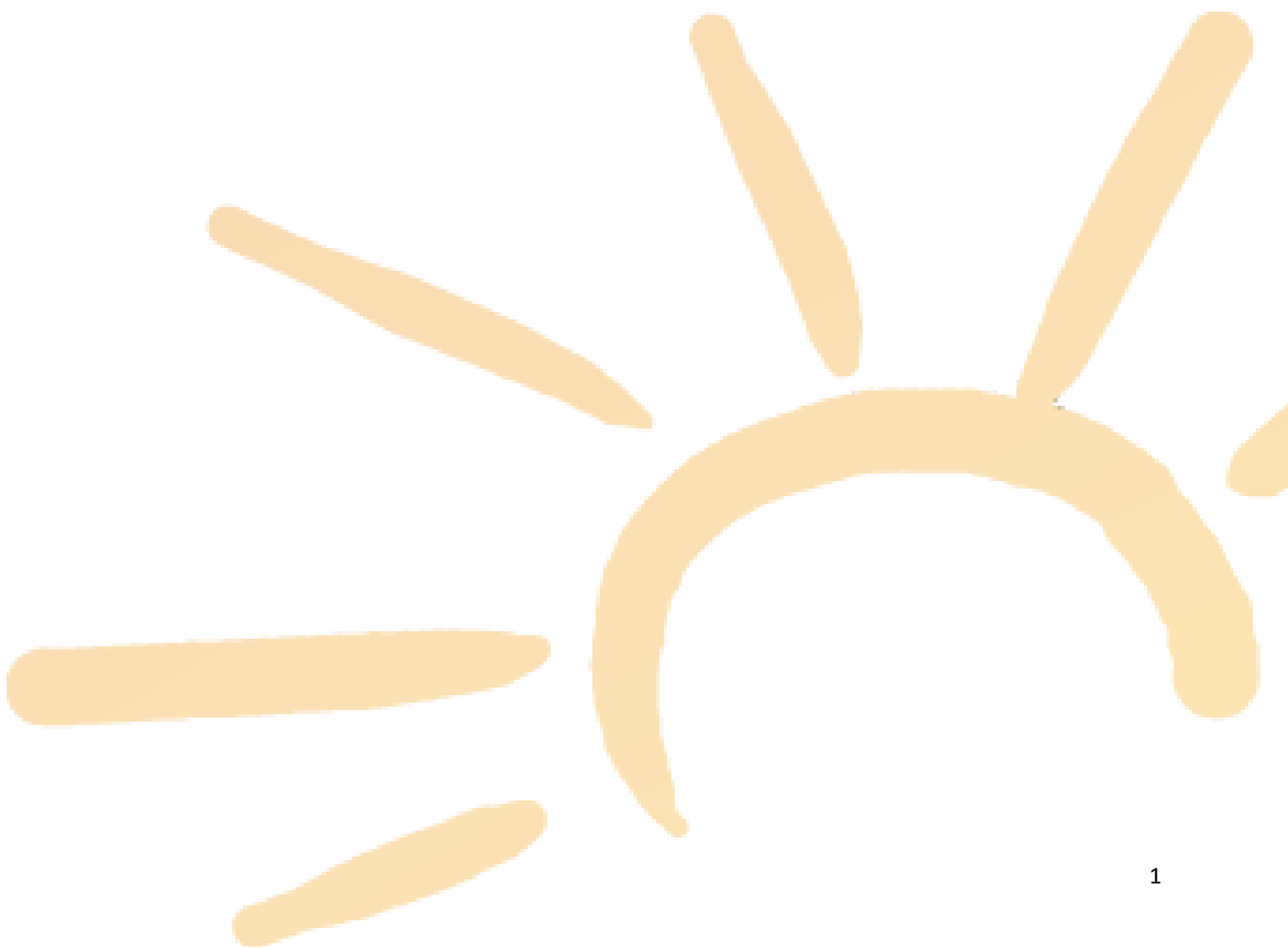


# **WAHLPROGRAMM**

**der FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt**  
**zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021**



## **UNABHÄNGIG - SACHBEZOGEN - BÜRGERNAH - IDEOLOGIEFREI** **Wir sprechen die Sprache der Menschen vor Ort!**

Wir sind die FREIEN WÄHLER. Wir kommen aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft. Wir sind kommunal verwurzelt. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt und die Kommunen, in denen die Menschen leben und ihre sozialen Kontakte pflegen.

Wir arbeiten in Städten und Gemeinden an pragmatischen Lösungen für kommunale Herausforderungen. Wir FREIEN WÄHLER packen dort an, wo die Ängste, Sorgen und Nöte der Menschen sind. Zu unseren Herzensangelegenheiten zählen genau diese Menschen in den Kommunen, die kommunale Infrastruktur, die Schulen, die Lebensqualität, die Pflege und die Gesundheit sowie die innere Sicherheit vor Ort. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Gemeinwohl. Wir wollen mit Anstand und Respekt gemeinsam zusammenleben. Aus diesem Grund müssen wir auch dort vertreten sein, wo die Entscheidungen fallen, die uns vor Ort ganz konkret betreffen: FREIE WÄHLER gehören in den Landtag von Sachsen-Anhalt, denn kommunale Kompetenz befruchtet Landtagsarbeit und gibt den Kommunen eine Stimme.

Sachsen-Anhalt belegt in bundesweiten Vergleichen oft die hinteren Plätze bei Bildung, Wirtschaftskraft, Investition, Altersstruktur. Insgesamt befindet sich Sachsen-Anhalt in einer schwierigen Gesamtsituation. In vielen Bereichen herrscht eine Mangelverwaltung: Ärztemangel, Lehrermangel, Juristenmangel, Beförderungsstau bei der Polizei, Investitionsstau bei den Krankenhäusern, unterlassener Fördermittelabruf wegen fehlender Eigenmittel und überzogene Beraterverträge. Eine Gesamtbetrachtung und Situationsanalyse lassen nur einen einzigen Rückschluss zu: Ein breites Umdenken ist erforderlich.

Wir FREIEN WÄHLER sind liberal und wertkonservativ. Wichtig für uns sind: eine lebenswerte Heimat, Gemeinschaft und Respekt, Sicherheit und Stabilität, Ehrlichkeit und Fleiß, Familie, Demokratie und Bürgertum.

**Lebenswerte Heimat:** Lokal verwurzelte Menschen sind glückliche Menschen. Wir stehen daher für starke Kommunen, ehrenamtliches Engagement und eine intakte Heimat. Deswegen treten wir für die Förderung der lokalen Wirtschaft, solide Kommunalfinanzen und eine flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft ein. Wir lehnen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Krankenhäuser, Entsorgung, ÖPNV und vieles mehr) konsequent ab. Stabile Gemeinden, Städte und Kreise sind ein Garant für eine lebenswerte Heimat.

**Gemeinschaft und Respekt:** Eine Gesellschaft ist mehr als eine lose Ansammlung von Individualisten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Respekt vor der Freiheit eines jeden Einzelnen, aber auch Respekt vor den Werten der Mehrheitsgesellschaft steht.

**Sicherheit und Stabilität:** Die Menschen sehnen sich nach Sicherheit und Stabilität im Inneren und nach außen. Personell und materiell bedarfsgerecht ausgerüstete Kräfte und eine funktionierende Justiz sind dafür dauerhafte Garanten.

**Ehrlichkeit und Fleiß:** Unsere Wirtschaft funktioniert, weil viele Menschen sich tagtäglich mit Ehrlichkeit und Fleiß einbringen und unseren Wohlstand mühsam erarbeiten. Wir wollen die Anerkennung für solide Wertschöpfung in der Gesellschaft steigern und die nötige Verkehrsinfrastruktur für eine erfolgreiche Volkswirtschaft stärken. Wir stehen zum Lohnabstandsgebot, zu guten Löhnen und der Tarifautonomie. Wer arbeitet, darf in Deutschland nicht der Dumme sein.

**Familie:** Die Familie ist der Ort der Sicherheit und Geborgenheit und gibt im Alltag einen festen Halt. Wir wollen jungen Menschen ermöglichen, sich auch in der heutigen Zeit bewusst für Familie, Ehe beziehungsweise Lebensgemeinschaften zu entscheiden.

**Demokratie und Bürgertum:** Wir wollen die Kluft zwischen Zuschauerdemokratie und dem Streben nach unmittelbarer politischer Beteiligung schließen. Direktdemokratische Elemente beleben unsere repräsentative Demokratie, ohne sie dabei zu ersetzen. Volksentscheide halten Parlamentarier dazu an, bereits in ihrer Gesetzgebung ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung zu gewährleisten. Wir verfolgen das Ideal des aufgeklärten, mündigen und humanistischen Bürgers und haben daher vor seiner direktdemokratischen Entscheidung großen Respekt.

## Inhaltsübersicht

	Seite
<b>I. LEBENSWERTE HEIMAT</b>	6
<b>A Starke Kommunen</b>	6
1. Auskömmliche Kommunalfinanzen	6
2. Stadt-Land-Beziehungen	9
3. Selbstverwaltung stärken	9
4. Brand- und Katastrophenschutz	11
<b>B Vor Ort - meine Heimat!</b>	12
1. Unsere Land- und Forstwirtschaft stärken	12
2. Regionale Wertschöpfung	14
3. Stadt- und Dorfentwicklung	15
4. Wohnen	17
5. Kunst, Kultur und Brauchtum	17
6. Tourismus und Freizeit	18
<b>C Schutz der Natur</b>	19
1. Klima schützen	19
2. Schützenswerte Landschaft erhalten	20
3. Artenschutz und Tierwohl	21
4. Jagd	21
5. Moderne Entsorgungspolitik - Ressourcen schonen	22
<b>II. SOZIALES – GEMEINSCHAFT UND RESPEKT</b>	24
<b>A. Familien, Kinder und Senioren</b>	25
1. Familien stärken	25
2. Gleiche Chancen für Frauen	25
3. Demografischen Wandel gestalten - Fachkräfte sichern und gewinnen	26
4. Solidarisches Miteinander von Jung und Alt	27
<b>B Soziale Verantwortung leben</b>	28
1. Integration	28
2. Menschen mit Behinderungen	29
3. Ehrenamt, Vereine und Sport	30
<b>C. Gesundheit</b>	31
1. Medizinische Versorgung sichern	31
2. Gesunde Ernährung	32
3. Pflege	33
4. Seuchenprävention	34

	Seite
<b>III. STAAT UND GESELLSCHAFT</b>	35
<b>A. Bürgerrechte stärken</b>	36
1. Bürgerbeteiligung und Transparenz	36
2. Verbraucher- und Datenschutz	36
3. Wahlen	37
4. Medien und Netz	38
<b>B. Sicherheit und Ordnung</b>	38
1. Polizei - Innere Sicherheit	38
2. Justiz	39
3. Straßenverkehr	40
<b>C. Staat und Verwaltung</b>	41
1. Parlament und Landesverwaltung	41
2. Öffentliche Finanzen	43
3. Bund-Land-Beziehung	45
4. Europa	45
<b>IV. BILDUNG UND WIRTSCHAFT</b>	46
<b>A. Bildung auf hohem Niveau</b>	47
1. Frühkindliche Bildung	47
2. Schule	47
3. Berufs- und Erwachsenenbildung	49
4. Forschung und Wissenschaft	49
<b>B. Wirtschaft</b>	50
1. Handel, Handwerk und Industrie	50
2. Gründerszene fördern	52
3. Energie: Wertschöpfung vor Ort	52
4. Mobilität und Infrastruktur	53
5. Strukturwandel	55
<b>C. Unsere Heimat 2.0 - Digitale Zukunft</b>	56
1. Netzausbau	56
2. Digitale Bildung	56
3. Cyber-Sicherheit	57
4. Industrie 4.0	58
5. E-Government	59

## I. LEBENSWERTE HEIMAT

Wir leben in einem wunderschönen Bundesland mit einer gewachsenen Kulturlandschaft und historisch wertvollen Städten und Gemeinden. Unser Sachsen-Anhalt: So kennen und lieben wir es. Jahr für Jahr kommen Millionen Gäste aus nah und fern in unser Land. Dies gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Wir FREIE WÄHLER haben unsere Wurzeln vor Ort in den Kommunen, in Städten und Gemeinden. Wir kennen die Herausforderungen in unserem Land von der Basis her und wollen dafür sorgen, dass unsere Heimat noch lebens- und liebenswerter wird. Dazu gehören ein abwechslungsreiches Landschaftsbild, eine intakte Umwelt sowie lebenswerte Städte und Gemeinden ebenso wie ein gerechter Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Die Zukunft unseres Bundeslandes wird in den Kommunen und von den Menschen vor Ort entschieden. Deshalb stellen wir als FREIE WÄHLER die Bedürfnisse der Städte, Gemeinden und Landkreise in den Vordergrund unserer Politik. Wir brauchen starke und handlungsfähige Kommunen, denn nur so sind und bleiben sie Grundlage und Basis für eine starke Gemeinschaft der Menschen in Sachsen-Anhalt. Für uns FREIE WÄHLER sind daher die Belange der Kommunen auf allen Ebenen mit ihren zahlreichen Themenschwerpunkten maßgeblich. Der Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag von Sachsen-Anhalt vertreten als kommunale Spitzenverbände die gemeinsamen Belange der Verbandsmitglieder beim Landtag und bei der Landesregierung. Durch eine stärkere Berücksichtigung der Expertise beider Verbände werden wir für kommunalfreundlichere Politik in Sachsen-Anhalt sorgen.

### A. Starke Kommunen

#### 1. Auskömmliche Kommunalfinanzen

##### **Ausgleich für die Kosten der Corona-Pandemie**

Die COVID-19-Pandemie hat zur Folge, dass die Kommunen in den kommenden Jahren mit besorgniserregenden Steuerausfällen rechnen müssen. Der Fokus muss daher darauf gerichtet werden, dass die Kommunen als Krisenmanager und regionale Wirtschaftsmotoren agieren können. Die Kommunen sind der erste Anlaufpunkt für die Menschen und die Unternehmen vor Ort. Die Hälfte der öffentlichen Investitionen wird durch die Kommunen vorgenommen. Die Bewältigung der aktuellen Krise kann nur mit den Kommunen gelingen. Deshalb fordern wir einen kommunalen Schutzschirm aus Liquiditätshilfen, nicht rückzahlbaren Zuweisungen und Haushaltserleichterungen.

Unsere Ziele:

- tatsächliche Gewerbesteuermindereinnahmen ausgleichen,

- pandemiebedingte Kosten ausgleichen,
- Umsetzungszeiträume von Investitionsprogrammen verlängern,
- kommunale Eigenanteile im Bereich der Städtebauförderung durch das Land (wie in Nordrhein-Westfalen) übernehmen,
- Haushaltskonsolidierungsverpflichtungen aussetzen,
- Verwaltungsverfahren entbürokratisieren.

## **Auskömmliche Finanzausweisungen**

Wir FREIEN WÄHLER stehen für ausfinanzierte Kommunen. Das war schon immer eine unserer Kernforderungen und bleibt es auch zukünftig. Die Kommunen in Sachsen-Anhalt weisen mit 551 Euro je Einwohner bundesweit nach den hochverschuldeten Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland den vierthöchsten Kassenkreditbestand auf. Während 2019 die Kassenkredite in allen anderen Ländern sanken, stiegen diese in unserem Bundesland an. Ein deutlicher Beweis für die Unterfinanzierung der Kommunen in Sachsen-Anhalt.

Die allgemeinen Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen betragen gegenwärtig 1,628 Milliarden Euro jährlich. Bei der anstehenden Fortschreibung des Finanzausgleichsgesetzes werden die FREIEN WÄHLER Bestrebungen der Landesregierung entgegnetreten, die Finanzausgleichsmasse abzusenken. Stattdessen werden wir für eine Anhebung der Mittel auf 1,9 Milliarden Euro sorgen, um die allgemeinen Kostensteigerungen und zusätzlichen Aufgabenzuweisungen der letzten Jahre auszugleichen.

Erschwerend ist, dass Konsolidierungsbemühungen der Kommunen zu einer Verringerung der Landeszuweisungen führen, da die Ermittlung des Zuschussbedarfs auf dem Saldo der kommunalen Einnahmen und Ausgaben fußt. Diese erdrosselnde Wirkung muss durchbrochen werden, beispielsweise durch die Schaffung eines kommunalen Eigenbehalts örtlicher Steuern.

Das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ muss strikt eingehalten werden. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene muss der Grundsatz gelten, dass derjenige, der eine Leistung veranlasst, für ihre Finanzierung aufzukommen hat. Leider hat die Landesregierung diesen in Art. 87 Abs. 3 der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt festgelegten Grundsatz in den letzten Jahren immer weniger beachtet. Damit droht den Kommunen eine unzureichende Finanzierung neuer Aufgaben beziehungsweise Standards. Wir FREIEN WÄHLER werden nicht nur auf die Einhaltung dieses Grundsatzes achten, sondern diesen in ein „striktes Konnexitätsprinzip“, wonach jede finanzielle Mehrbelastung auszugleichen ist, weiterentwickeln.

Als FREIE WÄHLER sind wir der Ansicht, dass das kommunale Straßennetz nicht nur vom Anlieger genutzt wird, sondern für jeden Bürger zur Verfügung steht. Deshalb haben wir die Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge von Beginn an unterstützt und uns so erfolgreich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingesetzt. Damit der kommunale Straßenbau nicht ins Stocken gerät, fordern wir einen adäquaten Ausgleich investiver Mittel durch das Land.

Seitens der Bundesregierung beschlossene kommunalentlastende Programme werden von der Landesregierung nicht immer an die Kommunen weitergeleitet. Beispielhaft hierfür ist die erhöhte Umsatzsteuerbeteiligung der Länder, welche in Sachsen-Anhalt seit 2018 nicht bei den Kommunen ankommt. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine ehrliche Finanzpolitik ohne Tricksereien und die konsequente Weitergabe von Bundesentlastungen an die Gemeinden.

Unsere Ziele:

- allgemeine Finanzzuweisungen erhöhen und an den tatsächlichen Bedarf anpassen,
- Gewerbesteuerumlage für Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung abschaffen,
- keine zusätzlichen Aufgaben übertragen ohne finanziellen Ausgleich,
- Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau auf ein realistisches Niveau aufstocken,
- kommunalentlastende Bundesmittel weitergeben.

### **Stärkere Partizipation an der Wertschöpfung vor Ort**

Die Kommunalverfassung von Sachsen-Anhalt schränkt die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ein; eine alleinige Gewinnerzielungsabsicht wird ausgeschlossen. Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass die Kommunen mit ihren Eigenbetrieben und Stadtwerken auf eine breitere wirtschaftliche Basis gestellt werden. Auch eine Gewinnerzielung dient einem öffentlichen Zweck, denn sie stärkt die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Windenergieanlagen prägen das Bild vieler Gemeinden. Neben den Betreibern selbst profitieren vor allem Eigentümer der Standortgrundstücke von den Erträgen der Anlagen - unabhängig davon, ob diese ihren Sitz in der Gemeinde haben. Damit fließt ein erheblicher Teil der Mittel aus der Gemeinde ab. Eine stärkere kommunale Wertschöpfung von Windenergieanlagen kann durch eine Änderung der Gewerbesteuererlegung in Richtung installierte Leistung erreicht werden. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz sollte den Gemeinden eine verpflichtende finanzielle Beteiligung an Windenergieanlagen und großflächigen Photovoltaikanlagen in Höhe von 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge gezahlt werden. Alternativ könnte dies auch als landesrechtliche Sondernutzungsabgabe eingeführt werden. Darüber hinaus ist den Standort-Gemeinden die Möglichkeit zum Erwerb von Anteilen an der Betreibergesellschaft einzuräumen. Somit kann die Gemeinde auch durch Gewinnausschüttungen direkt von den Erträgen der Windparks profitieren.

Die Gewerbesteuer ist eine wichtige Quelle der Gemeindefinanzierung. Einen großen Anteil davon müssen die Gemeinden als Umlage an das Land abführen. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik stärken, indem finanzschwache Kommunen von der Gewerbesteuerumlage befreit werden.



Unsere Ziele:

- Gemeinden sollen stärker an den Erträgen der Windenergie partizipieren,
- Kommunalwirtschaft stärken,
- Gewerbesteuerumlage senken.

## 2. Stadt-Land-Beziehungen

Wir FREIE WÄHLER wollen ganz Sachsen-Anhalt als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig entwickeln. Dafür wollen wir insbesondere die Attraktivität der Städte und Gemeinden im ländlichen Raum stärken, damit diese eine gleichwertige Alternative zum Leben in Großstädten und Ballungszentren bilden. Wir wollen den Menschen in allen Regionen ermöglichen, guten Gewissens in ihrer vertrauten Heimat zu leben und auch zu bleiben.

Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land muss auch die Frage der Schlüsselzuweisungen und der Gewichtung der Einwohner neu diskutiert werden. Wir fordern hier, Flächengemeinden durch einen Bewertungsfaktor zu stärken. Nur bei einer ausreichenden finanziellen Ausstattung können auch die kleinen Kommunen ihren Aufgaben im Interesse der Bürger nachkommen.

Kommunen im ländlichen Raum sind durch restriktive Vorgaben zur Raumordnung bei ihrer Bauleitplanung stark eingeschränkt. Aufgrund geringer Einwohnerzahlen, die sich auf sehr viele Orte verteilen, werden neue Wohnbau- oder Gewerbeflächen nicht genehmigt. Auch die Vorgaben zur Zentralörtlichkeit und Innenentwicklung behindern die freie Entwicklung einer Gemeinde. Dies untergräbt die kommunale Planungshoheit und geht an der Lebenswirklichkeit des ländlichen Raums vorbei. Die FREIEN WÄHLER treten für ein flexibleres Baurecht ein, um den kleinen Städten und Gemeinden ihre potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu verbauen.

Unsere Ziele:

- allgemeine Kosten flächengroßer Gemeinden berücksichtigen,
- „Veredlungsfaktor“ für die Einwohnerzahl großer Städte abschaffen,
- Baurecht zur Stärkung der Ortsentwicklung im ländlichen Raum vereinfachen.

## 3. Selbstverwaltung stärken

Eine Vielzahl staatlicher Aufgaben ist sehr gut geeignet, in der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips auf Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden und damit näher am Adressaten, wahrgenommen zu werden. Dies zeigen die Erfahrungen anderer Länder, aber auch die wiederholt vorgebrachten Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände. Mit den

Gebietsreformen der vergangenen Jahre wurde die kommunale Leistungsfähigkeit hierfür geschaffen.

Das Gemeindehaushaltsrecht ist zu vereinfachen. Gerade in Krisenzeiten wie 2015 und 2020 hat sich gezeigt, dass die Kommunen für die Bereitstellung buchstäblich lebensnotwendiger Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge über ein hinreichendes Maß an haushalterischer Flexibilität verfügen müssen, um den regional sehr heterogenen Ausprägungen solcher Krisen jeweils adäquat begegnen zu können.

Bei der Vergabe von Investitionen, Lieferungen und Dienstleistungen sind die Kommunen gezwungen, aufwändige Vergabeverfahren zu durchlaufen. Selbst bei geringwertigen Gütern müssen mehrere Angebote eingeholt werden. Dies bedeutet einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand. Hinzu kommt, dass zuverlässigen, regionalen Anbietern auch dann nicht der Zuschlag gegeben werden kann, wenn er nur wenige Euro teurer ist als ein sich mitbewerbendes regionsfremdes Unternehmen. Die sich daraus ergebenden Probleme führen insbesondere bei Baumaßnahmen oft zu Verteuerungen des gesamten Vorhabens. Deshalb ist das Vergabeverfahren zu vereinfachen, um flexibler und unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten Aufträge vergeben zu können.

Der kommunale Investitionsstau ist besorgniserregend hoch. Es bedarf grundsätzlich einer Diskussion darüber, ob für ein Gegensteuern eine quantitative Erhöhung der Förderprogramme strategisch sinnvoll ist. Fördermittel unterliegen den Restriktionen des Zuwendungsrechts. Damit verbunden sind zum Teil auch enorme Transaktions- beziehungsweise Overheadkosten. Kleinen Kommunen fehlt oftmals die personelle Ausstattung, um die Förderlandschaft zu überblicken und um die inhaltlichen Anforderungen zu erfüllen. So profitieren zumeist große und finanzstarke Kommunen von einer breiten Fördermittellandschaft. Perspektivisch sollte deswegen die Frage nach Möglichkeiten einer Stärkung der allgemeinen Finanzautonomie der Kommunen wieder auf die Agenda gesetzt werden. Der wachsende Anteil der kommunalen Investitionstätigkeit, der aus Fördermitteln von Bund, Ländern und der EU gedeckt wird, ist auch Ausdruck einer Abhängigkeit, die die kommunale Selbstverwaltungsautonomie untergräbt.

Kommunen mit finanziellen Schwierigkeiten müssen einen harten Konsolidierungskurs einhalten. Die Aufsichtsbehörden genehmigen dann viele freiwillige Leistungen, zum Beispiel Ausgaben für Wirtschaftsförderung, Spielplätze, Sport- oder Kultureinrichtungen, nicht mehr. Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, dass solche Leistungen nicht freiwillig sind, sondern zu den ureigenen Aufgaben einer Gemeinde gehören. Die Landesregierung hat aber festgelegt, dass ein Anteil von 1 Prozent dieser sogenannten freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt ausreichend ist. Wir FREIEN WÄHLER werden diese erdrosselnde Festlegung nicht mittragen. Den Kommunen muss auch in finanziell schlechten Zeiten genug „Luft zum Atmen“ für eigene kommunale Angelegenheiten bleiben. Ansonsten sinkt deren Attraktivität und verbaut die Chancen auf eine zukünftig positive Entwicklung.

Einzelne „Schrottimmobilien“ können die vollständige Entwicklung von Dorf- und Stadtkernen behindern. Die Besitzer sind nicht bereit, Grundstücke zu pflegen oder Gebäude zu erhalten. Durch die Verwahrlosung dieser Objekte kann eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen bzw. ein attraktives Ortsbild zerstört werden. Kommunen müssen deshalb mehr Möglichkeiten bekommen, Maßnahmen gegen den Eigentümer durchzusetzen, die zu einer Behebung des Missstandes führen.

Unsere Ziele:

- Subsidiarität ernst nehmen – Kommunen mehr Zuständigkeiten übertragen,
- Pflicht zum Ausgleich des Finanzhaushaltes ab 2023 zurücknehmen,
- Aufstellung und Prüfung von kommunalen Haushalten erleichtern,
- Vergaberecht vereinfachen,
- Finanzautonomie stärken,
- Freiräume trotz Konsolidierung ermöglichen,
- „Schrottimmobilien“ beseitigen.

## 4. Brand- und Katastrophenschutz

Die Freiwilligen Feuerwehren und ihr ehrenamtliches Engagement sind fundamentale Bestandteile unserer Gesellschaft, durch die unter anderem Gefahren abgewehrt und Menschen gerettet werden. Damit tragen die Freiwilligen Feuerwehren maßgeblich zur Sicherheit in unserem Land bei. Allerdings gefährden jährlich sinkende Mitgliederzahlen und fehlende finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden die personelle und materielle Einsatzfähigkeit. Notwendige Technik muss dringend angeschafft werden.

Vor allem muss jedoch in die personelle Ausstattung investiert werden. Nur so kann der bewährte, flächendeckende und dezentrale Brandschutz in Sachsen-Anhalt erhalten werden. Durch einen flächendeckenden Einsatz hauptamtlicher Brandschutzerzieher\*innen, in Kombination mit Angeboten an Schulen und Kitas, können die Kinder frühzeitig für den Brandschutz gewonnen werden. Eine stärkere Wertschätzung langgedienter Kamerad\*innen stärkt darüber hinaus die Bindung an das Ehrenamt. Hierzu zählt auch deren Schutz vor Beleidigungen und Übergriffen im Einsatz. Die zunehmende Einsatzbreite der Feuerwehren muss sich wieder auf die direkte Gefahrenabwehr konzentrieren. Hierzu sind die Freiwilligen Feuerwehren von Einsätzen zur Beseitigung von Öls Spuren, Straßenabsperungen oder Fehlalarmen zu entlasten.

Unsere Ziele:

- Nachwuchsarbeit stärker fördern,
- Brandschutzsteuer 1:1 an die Feuerwehren weitergeben,
- Förderung zur Anschaffung neuer Technik erhöhen,

- zentrale Beschaffung stärker an den Schwerpunkten der Wehren ausrichten,
- medizinische Vorsorge für alle Kamerad\*innen gewährleisten,
- Referat „Brand- und Katastrophenschutz“ im Innenministerium personell aufstocken,
- Landesfeuerweherschule Heyrothsberge stärken und die Auszubildenden stärker fördern,
- Anreize für Unternehmen bei Einstellungen von Feuerwehrkamerad\*innen schaffen,
- Ehrenamt im Brandschutz auf die Rente anrechnen.

## **B. Vor Ort - meine Heimat**

### **1. Unsere Land- und Forstwirtschaft stärken**

Die Landwirt\*innen erbringen unverzichtbare Leistungen zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln. Nur gemeinsam mit ihnen können wir wertvolle Natur- und Kulturlandschaften erhalten und einen wirksamen Artenschutz auf den bewirtschafteten Flächen erreichen. Unser Leitbild ist eine von vielen Familienbetrieben getragene Landwirtschaft, ergänzt um mittelständische landwirtschaftliche Unternehmen, in der Region verwurzelt und im Eigentum ortsansässiger Landwirt\*innen oder Genossenschaftsmitglieder. Agrarkonzerne in der Hand von überregionalen Investoren halten wir für eine Fehlentwicklung. Unsere Landwirtschaft ist mit einem immer dichteren Netz von Regelungen und Auflagen überzogen. Es muss zukünftig auch noch für einen normalen Familienbetrieb möglich sein, weiterhin Landwirtschaft zu betreiben. Bürokratie- und Regelungsabbau und einfache Fördermaßnahmen dürfen keine leeren Versprechungen sein. Unser Engagement gilt auch einer besseren Wertschöpfung in und aus der Region. Mehr Verarbeitung vor Ort, mehr Regionalmarken, mehr Direktvermarktung und weniger Abhängigkeit von den großen Nahrungsmittelkonzernen und Einzelhandelsketten sind für uns wichtige Bausteine für die Zukunft. Dazu gehört für uns auch eine stärkere Annäherung von konventionellem und ökologischem Landbau im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Unsere Ziele für die Landwirtschaft sind:

- Agrarpolitik wissenschaftsbasiert und ideologiefrei gestalten,
- EU-Förderungen gezielt an Arbeitsplätze und gesellschaftliche Leistungen binden, insbesondere bei Direktzahlungen und Investitionen; keine weiteren Anreize für außerlandwirtschaftliche Investoren,
- ausufernde Bürokratie und Regelungsichte stoppen,
- regionale Wertschöpfung und kurze Wege statt Gewinnsteigerung von Großkonzernen,
- regionale Verarbeitung fördern, insbesondere aus der ökologischen Produktion,
- Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung der gesamten Landwirtschaft unterstützen,
- Agrarstrukturgesetz für die ortsansässigen Landwirt\*innen und Menschen aus der Region, gegen Bodenkonzentration bei überregionalen Investoren und deren steuerbegünstigte Unternehmensbeteiligung (Share Deals),
- freie Bahn für Junglandwirt\*innen durch Einführung der Höfeordnung als Sondererbrecht,

- Vorschläge des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung für ein besseres Tierwohl umsetzen,
- Natur-, Arten- und Klimaschutz konsequent im Miteinander mit der Landwirtschaft vor Ort verfolgen und Leistungen auch finanziell mit Anreizkomponenten honorieren,
- Risikovorsorge gegen Dürren und Naturkatastrophen für Land- und Forstwirtschaft bezahlbar gestalten,
- fundiertes Messstellennetz für Nitratbelastungen des Grundwassers, das belastbare Daten liefert,
- keine Patente auf Pflanzen und Tiere aus biologischer Züchtung, aber Gentechnik zum Wohle der Gesellschaft und des Klimas nicht generell ausschließen.

Neben der Landwirtschaft hat unser Wald in den letzten Jahren stark unter der Dürre gelitten. Wir müssen diese wertvolle Ressource der Natur auch im Interesse des Klimas schützen. Gleichzeitig liefert uns die Forstwirtschaft mit Holz einen ökologisch wertvollen Roh- und Baustoff mit breiten Einsatzmöglichkeiten. Unser Ziel ist hier ein konfliktfreies Miteinander und keinesfalls ein Gegeneinander. Ideologiefreie Überlegungen und Zielsetzungen gelingen auch hier nur unter Einbeziehung der Wissenschaft und deren aktuellen Erkenntnissen. Nur so kommen wir zu sach- und fachgerechten Entscheidungen für eine insgesamt nachhaltige Zukunft.

Die Wälder in Sachsen-Anhalt sind witterungs- und klimabedingt stark geschädigt. Angesichts der Bedeutung des Waldes für Natur und Gesellschaft setzen wir uns für eine weitere Unterstützung durch die Bundes- und Landesregierung bei der Beseitigung der Schäden und einer zukunftsorientierten Waldentwicklung ein. Neuanpflanzungen müssen nach wissenschaftlichen Empfehlungen klimaangepasst und nachhaltig erfolgen. Im Rahmen dieser Empfehlungen soll ein Waldbesitzer allerdings frei über Anpflanzungen entscheiden können.

Wir brauchen einfache Förderprogramme, die insbesondere die kleinen Waldbesitzer\*innen erreichen. Eine qualifizierte Beratung muss hierbei helfend zur Seite stehen.

Unser Ziel ist die Stärkung der Holzverarbeitung. Besonders wichtig ist uns, Holz in den Fokus nachhaltigen Bauens zu rücken und dafür gegebenenfalls notwendige Änderungen in der Bauordnung anzugehen. Ein faires und sachliches Miteinander ist der erste Anspruch an unsere Arbeit mit den Waldbesitzer\*innen.

Unsere Ziele für die Forstwirtschaft:

- Strategie „Zukunftssicherung Wald“ gemeinsam mit allen Betroffenen erarbeiten,
- forstliche Zusammenschlüsse stärken,
- Förderung einfach gestalten und Waldbesitzer\*innen bei der Antragstellung staatlich intensiv unterstützen,
- Waldumbau mit klimaangepassten Neuanpflanzungen und Unterstützung der Natur dauerhaft sichern,
- hinreichend Pflanz- und Saatgut bereitstellen,

- staatliche Marktstützung auch für die private Forstwirtschaft mit geförderter Lagerhaltung von Käferholz,
- Holzwirtschaft als zentralen Teil der Biowirtschaft entwickeln und fördern,
- Holz im Baubereich durch Anpassung der Bauordnung als nachhaltige Alternative etablieren und im staatlichen Bauen vorleben,
- dezentrale Holzheizkraftwerke in die Energiewende einbeziehen,
- Beitrag des Waldes zum Klimaschutz über Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Handel honorieren und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auch im Kleinwald ermöglichen.

## 2. Regionale Wertschöpfung

In Sachsen-Anhalt leben mehr als 80 Prozent der Menschen in ländlichen Gebieten. Gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land zu erreichen, ist für uns ein politisches Kernziel. Dazu brauchen wir eine Wirtschafts- und Kommunalpolitik des Landes, die gezielt wirtschaftsschwache Regionen unterstützt und keine Gießkannenförderung betreibt. Es reicht nicht aus, auf Investoren zu warten. Wir brauchen attraktive Angebote und eine gezielte Standortentwicklung.

Schon 2018 hat der Landtag die Landesregierung mit der Erarbeitung einer Wertschöpfungsstrategie für den ländlichen Raum beauftragt. Derzeit liegen so gut wie keine Vorschläge vor. Von konkreten Maßnahmen, geschweige denn von einer Strategie ist wenig zu erkennen. Diese Fakten lassen vermuten, dass die Landesregierung die ländlichen Räume bereits aufgegeben hat. Wir FREIEN WÄHLER werden dem entschieden entgegentreten. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft haben wir schon konkrete Maßnahmen benannt. Darüber hinaus gilt es insbesondere die kleinen Unternehmen zu fördern und mittelständische Unternehmen in ihrer Ansiedlung und Entwicklung zu unterstützen. Baden-Württemberg und auch Bayern sind für uns Vorbild und Maßstab einer blühenden ländlichen Wirtschaft.

Unsere Ziele:

- eigene Förderstrategie für die Wirtschaft im ländlichen Raum entwickeln und auf den Weg bringen,
- keine Einmalförderung von Bundesministerien für immer neue Innovationen, sondern kontinuierliche Unterstützung regionaler Zukunftsprojekte mit eigenen Zukunftsbudgets,
- auch mittlere und kleinere Städte für Startups interessant machen,
- Potenziale und Kooperationen fördern,
- klarer Auftrag an die Hochschulen, die praktische Zusammenarbeit mit der klein- und mittelständischen Wirtschaft zu intensivieren,
- Leuchtturmprojekte als Kristallisationspunkt regionaler Wirtschaftscluster initiieren,
- Dorfläden, Wochenmärkte, Bäcker und Fleischer besser fördern,
- kleine Unternehmen in die LEADER-Förderung aufnehmen und vor Ort unterstützen,



- stärkere Fokussierung der Agrarmarketinggesellschaft auf kleinere Erzeugungs- und Verarbeitungsunternehmen und Übernahme der Vertriebskoordination zwischen Landwirt\*innen und regionalem Handel,
- Anforderungen für Direktvermarkter senken und einheitlich auf Kreisebene umsetzen,
- Verbraucher\*innen besser über regionale Produkte informieren.

### 3. Stadt- und Dorfentwicklung

#### Stadtentwicklung

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit Städten unterschiedlicher Größe und vielen ländlichen Regionen. In den letzten 30 Jahren haben sich viele Städte gut entwickelt. Die demografischen Prognosen für die nächsten Jahre verlangen jetzt weitere zielgerichtete Maßnahmen. Dies betrifft sowohl Regionen mit Bevölkerungsrückgang als auch wachsende Kommunen – immer mit dem Ziel, Sachsen-Anhalt noch lebenswerter für seine Bevölkerung und attraktiver für Zuzugsinteressierte zu gestalten.

Zur Stadtentwicklung gehören sämtliche Prozesse innerhalb eines urbanen Raumes. Dies bedeutet, dass sich Stadtentwicklung auf die ganze Stadt beziehen muss, wobei auch das Umland dazugehört. Insoweit fordern und fördern die FREIEN WÄHLER die Erstellung von örtlichen Zukunftsplänen, die Lösungen für die aktuellen Herausforderungen wie den demografischen Wandel, Klimaschutz und wirtschaftliche Notwendigkeiten anbieten. Insbesondere der demografische Wandel stellt uns in der Zukunft vor große Herausforderungen: Die zukünftige Alters- und Sozialstruktur einer Stadt beeinflusst entscheidend die Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen, Bildungseinrichtungen, Infrastrukturen und Freizeiteinrichtungen.

Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt muss daher aus Sicht der FREIEN WÄHLER umfassen:

- Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger\*innen bei stadtrelevanten Entscheidungsprozessen zu etablieren,
- bezahlbare gute Wohnungsangebote für alle Einkommensschichten zu gewährleisten,
- ausreichende und sehr gut ausgestattete Bildungseinrichtungen vorzuhalten,
- wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die auf eine ausdifferenzierte und damit belastbare bzw. solide Wirtschaftsstruktur abzielen,
- für alle Menschen ein breites Kultur- und Freizeitangebot anzubieten,
- die Chancen der Digitalisierung zu nutzen,
- ein gemeinsames Handeln aller Akteure (Stadtrat, Verwaltung, Immobilieneigentümer, Wirtschaftsbetriebe, Investoren, Bürgerinitiativen, Vereine) sicherzustellen,
- den Klimaschutz durch Anpassungsstrategien (zum Beispiel bessere Nutzung des Regenwassers, Umweltzonen, Ausbau der erneuerbaren Energien) zu fördern,

- Treibhausgase durch Förderung von Fuß-, Fahrradwegen und öffentlichem Nahverkehr zu reduzieren,
- die Grundstücksbewirtschaftung kommunaler Flächen am Gemeinwohl auszurichten,
- kommunale Wohnungsgesellschaften nicht zu privatisieren,
- Innenstädte und eine Identitätsbildung für die jeweiligen Städte durch stadtbildprägende Gebäude erhalten,
- alle Europa-, Bundes- und Landesförderprogramme zu nutzen.

## **Dorfentwicklung**

Wir FREIEN WÄHLER wollen starke Dörfer mit Zukunft. Dazu brauchen wir engagierte Menschen, die sich für den Erhalt, die Gestaltung und Entwicklung ihres Dorfes einsetzen. Ihre intensive Beteiligung an transparenten Entscheidungsprozessen liegt uns daher besonders am Herzen. Nur eine starke Gemeinschaft meistert die Herausforderungen des demografischen Wandels auf dem Land. Ob Erholungsdorf, Miteinanderdorf, smartes Dorf, Energie-Dorf oder Kreativdorf: Jedes Dorf hat sein eigenes Gesicht einer lebenswerten Heimat. Wir wollen engagierten Dörfern die Chance geben, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und dies fördernd begleiten. Eine besondere Herausforderung sehen wir in der Einbindung unserer Jugend in diese Prozesse. Jugendräte sollten regelmäßig ihre Vorschläge in die etablierten Gremien der Orts- und Gemeinderäte einbringen. Viele aktive Dorfgemeinschaften leben vom Engagement des Ehrenamtes. Diesen Einsatz für die Gemeinschaft werden wir besonders unterstützen und würdigen.

Unsere Ziele im Rahmen der Dorfentwicklung:

- Zukunftspläne für jedes Dorf fördern und über ein ebenfalls gefördertes Zukunftsbudget umzusetzen,
- finanzschwache Kommunen stärker unterstützen,
- Daseins- und Nahversorgung sichern, Mehrfunktionshäuser schaffen,
- Revitalisierung im Innenbereich, aber auch Abriss fördern,
- Glasfaser und leistungsfähigen Mobilfunk für jedes Dorf,
- energieautonome Dörfer unterstützen,
- Kommunikations- und Beteiligungsplattformen für mündige Bürger\*innen etablieren,
- Jugendarbeit im Dorf gezielt unterstützen,
- Dorfkümmerer-Netzwerke einrichten,
- Vereinsarbeit breit unterstützen und fördern,
- LEADER stärken,
- Kleinstädte als neue ländliche Zentren stärken und gute Erreichbarkeit sicherstellen,
- Ämter für Landwirtschaft in Landesämter für ländliche Entwicklung umbauen.



## 4. Wohnen

Die regional unterschiedliche demografische Entwicklung der nächsten Jahre verlangt zielgerichtete Maßnahmen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, um in allen Landesteilen das gute und bezahlbare Wohnen als Grundbedürfnis jedes Menschen zu sichern.

Wohnungspolitik bedeutet daher für uns:

- vollständige Kofinanzierung der Städtebauförderung des Bundes durch das Land Sachsen-Anhalt und zielgerichtete Landes-Wohnungsbauförderung zur weiteren Schaffung von bezahlbarem altersgerechtem Wohnraum (vornehmlich durch Bestandssanierungen) einschließlich des notwendigen Abrisses,
- bestehende Bau- und Fördervorschriften überarbeiten, um schneller und effizienter bauen zu können,
- preisgünstigen Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gezielt erhalten durch Sicherung von kommunalen Belegungsrechten,
- Kommunen unterstützen bei der Erstellung von Richtlinien für KdU (Kosten der Unterkunft) und Mietspiegeln (mit dem Auftrag an die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine Verlängerung des Zeitraumes der einzubeziehenden Mieten einzusetzen),
- Mieterräte und weitere Mieterselbsthilfeorganisationen zur Vermeidung unberechtigter Mieterhöhungen und Betriebskostenabrechnungen fördern,
- Grunderwerbsteuer bei erstmaligem Eigentumserwerb für Selbstnutzer senken,
- Immobilienverkauf an Nicht-EU-Bürger\*innen (zum Beispiel nach dem Schweizer Modell) beschränken.

## 5. Kultur, Kunst und Brauchtum

Wir FREIEN WÄHLER treten für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. Die Kirchen erfüllen in unserem Land wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sind im Grundgesetz geregelt und die entsprechende Ausgestaltung im Staatskirchenvertrag festgelegt. Diese Regelung hat sich in unseren Augen bewährt. Unsere abendländische Kultur ist prägend für unsere aufgeklärte, offene und vielfältige Gesellschaft von heute. Um unsere daraus erwachsenen Traditionen zu pflegen, lehnen wir jegliche Versuche entschieden ab, die unsere christlichen Feiertage in Frage stellen.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für die kulturelle Vielfalt in Sachsen-Anhalt ein und wollen diese auch für nachfolgende Generationen langfristig erhalten. Wir werden Museen, Theater, Orchester, Musikvereine, Bibliotheken, Archive und Vereine fördern und Baudenkmäler erhalten. Nur so erhalten wir lebens- und liebenswerte Gemeinden, Städte und Landkreise für unsere Bürger\*innen. Das kulturelle Leben vor Ort ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar. Kunst und Kultur, Brauchtum und Tradition dienen als Lebenselixier, steigern die

Lebensqualität und sind vielfach auch Lebenssinn und Motivation für den Einzelnen. Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb Fördermittel idealerweise dezentral und gerecht verteilen, damit sie allen Menschen vor Ort zugutekommen. Kultur darf auch bei klammen kommunalen Kassen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen und muss als Pflichtaufgabe einer jeden Gemeinde gelten.

Unsere Ziele:

- kulturelle Vielfalt in Sachsen-Anhalt sichern,
- christlich-jüdische Traditionen und kirchliches Engagement erhalten,
- Brauchtum und regionale Identitäten erhalten,
- Kommunen bei ihrem Kulturauftrag unterstützen,
- Kultur als kommunale Pflichtaufgabe gestalten,
- Nachwuchsarbeit im Vereinsleben fördern,
- Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützen,
- kulturelle Bildung und Teilhabe für alle Bürger sichern.

## 6. Tourismus und Freizeit

### Nachhaltigen Tourismus fördern

Tourismus und Gastronomie sind wichtige Wirtschaftszweige, die viele Arbeitsplätze in unserer Heimat sichern. Die Tourismusbranche ist weitgehend mittelständisch geprägt: der Großteil der Leistungen wird von kleinen und mittleren Betrieben erbracht. Wir unterstützen Investitionen in die Tourismusinfrastruktur und die Stärkung der Betriebe. Der mittelständischen Hotellerie und Gastronomie machen zahlreiche neue Auflagen das Leben schwer: Bürokratie bei der Mindestlohndokumentation, immer strengere Brandschutzaufgaben, umfangreiche Allergeninformationen, ausufernde Dokumentationspflichten im Hygienebereich. Wir wollen eine Entbürokratisierung, damit die häufig familiengeführten Unternehmen auch weiterhin bestehen und gut wirtschaften können.

Mit den Welterbestätten, den Gartenträumen und dem Blauen Band ist Sachsen-Anhalt ein beliebtes Urlaubsziel geworden. Unser Land hat aber noch viel mehr zu bieten. Regionen wie beispielsweise die Altmark, der Harz oder das Burgenland benötigen verstärkt Möglichkeiten, um ihre regionale Infrastruktur und qualifizierte Vermarktungsstrategien weiterentwickeln und ausbauen zu können.

Unsere Ziele:

- vernetztes Tourismuskonzept entwickeln,
- Bürokratie stoppen: keine weitere Verschärfung von Vorschriften und Auflagen,
- Insolvenzen in der Gastronomie verhindern,
- öffentliche Tourismusinfrastruktur ausbauen,

- Barrierefreiheit im Tourismus voranbringen,
- touristische Radwege ausbessern und überregional ausschildern,
- Aktiv- und Naturtourismus stärken.

## **Freizeitangebote erweitern**

Wir FREIEN WÄHLER wollen darüber hinaus das Angebot an Freizeitstätten für die heimische Bevölkerung ausbauen. Hierzu ist das Fördermittelverfahren zu vereinfachen. Eine Förderung von Angeboten für Freizeit und Tourismus muss auch in Regionen möglich sein, die keinen touristischen Schwerpunkt darstellen. Zum typischen Freizeitverhalten der Menschen gehört auch der Besuch von Volksfesten. Leider scheint die bisherige Politik dieses besondere deutsche Kulturgut nicht im Blick zu haben. Volksfeste, Kirmes, Jahrmärkte – all das hat eine jahrhundertelange Tradition in unserem Land und muss unbedingt erhalten werden.

Unsere Ziele sind:

- kommunale Schwimmbäder und Sportstätten erhalten,
- Volksfeste und Jahrmärkte unterstützen,
- Spielplätze erneuern und um Seniorenangebote erweitern,
- Wander- und Radwege ausbauen,
- Jugendfreizeitzentren und mobile Jugendarbeit fördern,
- stärkere Zusammenarbeit von Kitas und Schulen mit Vereinen, Kirchen und Feuerwehren.

## **C. Schutz der Natur**

### **1. Klima schützen**

Es gibt vielfältige Klimaschutzpotenziale auf kommunaler Ebene und Landesebene, die wir FREIEN WÄHLER heben wollen. So setzen wir uns zum Beispiel für den Ausbau des kooperativen Naturschutzes ein: Bei diesem Erfolgsmodell arbeiten Kommunen, Landwirtschaft und Umweltorganisationen gemeinsam am Erhalt von Artenvielfalt und Kulturlandschaft.

Wir fordern darüber hinaus dringend ein schnelles und nachhaltiges Konzept für den Waldumbau: Die Wälder in Sachsen-Anhalt stehen angesichts der Klimaveränderungen (zum Beispiel Dürreperioden, daraus folgendem Schädlingsbefall) vor großen Herausforderungen. Für die hochsensiblen Infrastrukturbereiche Elektrizität, Wärme und Verkehr müssen zukunftsweisende Lösungen im Sinne der Sektorenkopplung gefunden und gleichzeitig muss die Energiewende inklusive Speichertechnik vorangetrieben werden. Zudem sehen wir FREIEN WÄHLER alternative Antriebsarten als einen entscheidenden Schlüssel für unsere mobile Gesellschaft im Einklang mit unserer Umwelt.

Unsere Ziele:

- ideologiefreier, vom technischen Fortschritt zeitlich bestimmter Ausstieg aus fossilen Energieträgern mit dem Ziel einer vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen,
- alternative Antriebsarten ausbauen und fördern sowie Entwickeln einer zukunftsfähigen Lade- und Versorgungsstruktur,
- öffentlichen Nahverkehr und Taxis schrittweise auf alternative Antriebsarten umstellen,
- kooperativen Naturschutz für den Erhalt von Artenvielfalt und Kulturlandschaft ausbauen und fördern,
- umgehend ein tragfähiges Konzept für den Schutz und Umbau unserer Wälder entwickeln.

## 2. Schützenswerte Landschaft erhalten

Unsere Landschaft bedeutet für uns Heimat – Heimat stiftet Identität. Unsere Heimat Sachsen-Anhalt besteht im Wesentlichen aus einer Kulturlandschaft, die uns als Nahrungslieferant ebenso dient wie als Rückzugs- und Erholungsort. Wir FREIEN WÄHLER wollen diese vielfältigen Landschaften im Einklang von Mensch und Natur erhalten und gestalten. Sie zu bewahren ist unser Auftrag. Wir wollen eine Welt hinterlassen, die auch für unsere Nachkommen lebenswert ist.

Unsere Ziele:

- natürliche Ressourcen Boden, Wasser und Luft für uns und unsere Kinder schützen und bewahren,
- Grundwasser als zentrales Lebenselixier in ausreichender Menge und bester Qualität sichern,
- Wasserrückhaltung stärker in die Raumplanung aufnehmen und gezielter fördern,
- Wald in seinen wichtigen Funktionen für Klima, Wasser, Erholung erhalten und für die Zukunft entwickeln,
- Verbrauch von land- und forstwirtschaftlichen Flächen auf das unbedingt Notwendige reduzieren, ohne bevölkerungsschwachen Regionen Entwicklungschancen zu nehmen,
- hier beheimatete Pflanzen und Tiere schützen,
- Feldraine, Hecken und Feldgehölze schützen und fördern,
- Naturlandschaften als Rückzugsräume für bedrohte Arten erhalten und entwickeln,
- staatliche Einschränkungen in der wirtschaftlichen Flächennutzung geschützter Landschaften fair ausgleichen.

### 3. Artenschutz und Tierwohl

Für uns FREIE WÄHLER ist die Bewahrung der Natur, der Schutz von Flora und Fauna selbstverständlich. In diesem Sinne legen wir ein besonderes Augenmerk auf bedrohte Tiere und Pflanzen. Wir setzen uns für einen Gesellschaftsvertrag mit der Land- und Forstwirtschaft ein, welcher deren Leistungen zum Artenschutz honoriert. Wir wollen die Kooperation von Naturschutzorganisationen mit Land- und Forstwirtschaft gezielt fördern, wenn sie sich gemeinsam diesem Ziel widmen.

Bei der Haltung von Nutztieren müssen die Haltungsbedingungen ständig den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Tierwohl angepasst werden. Nicht immer möchten Verbraucher\*innen jedoch dafür auch an der Ladentheke den höheren Preis bezahlen. Wir unterstützen daher besonders tierfreundliche Haltungssysteme.

Unsere Ziele:

- Geld aus Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Bauinvestitionen in Projekte des Artenschutzes in Kommunen und der Land- und Forstwirtschaft konzentriert einsetzen,
- einen möglichst hohen Anteil an sogenannten produktionsintegrierten Maßnahmen in der Landwirtschaft gewährleisten,
- den Artenschutz auf landwirtschaftlichen Flächen nach niederländischem Vorbild über Naturschutzkooperativen fördern,
- Fachkompetenz vor Ort nutzen, auch in den Naturschutzbehörden der Landkreise,
- Programme zum Schutz von Bienen und der Förderung der Imkerei entwickeln,
- heimische Tiere und Pflanzen vor invasiven Arten schützen.

### 4. Jagd

Die Ausübung der Jagd dient der Landespflege und ist eine wichtige Aufgabe, die die Jäger kostenlos für Sachsen-Anhalt übernehmen.

Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, Jäger\*innen mit ständig neuen Restriktionen zu überziehen, obwohl sie für den Staat und damit für die Gemeinschaft aller wichtige Aufgaben übernehmen. Die waidgerechte Ausübung der Jagd dient dem Umwelt- und Naturschutz, indem beispielsweise Tiere, die sich hier erst durch menschliches Verhalten angesiedelt haben und einheimische Tierarten verdrängen, an ihrer weiteren Ausbreitung durch ihre Bejagung behindert werden. Darüber hinaus dient die Jagd, wie man an der Ausbreitung der afrikanischen Schweinepest sieht, der Seuchenbekämpfung.

Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER eine Überarbeitung des Landesjagdgesetzes Sachsen-Anhalt sowie sämtlicher Umwelt- und Naturschutzvorschriften, damit die Jäger\*innen besser im Sinne des Seuchen-, Natur- und Artenschutzes wirksam werden können.

Deutschland ist das am dichtesten besiedelte Land Europas. Eine weiter ungehemmte Vermehrung und Ausbreitung des Wolfes ist nicht akzeptabel. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keine populationsbiologischen Gründe, den Wolf in Deutschland nicht zu bejagen.

Wir sind dafür, dass die sogenannte „Schutzjagd“ auf den Wolf nach dem schwedischen Modell auch hier ausgeübt werden darf. Dort erfolgt in Übereinstimmung mit der Europäischen Union und der einschlägigen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie eine Bejagung von „Problemwölfen“ zum Schutz von Menschen und Nutztieren. Dann könnte beispielsweise ein Schäfer oder ein Landwirt dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt Schäden, die ein Wolf verursacht hat, melden. Daraufhin könnte dann die Bejagung einzelner Wölfe oder ganzer Rudel angeordnet werden, bis der Missstand beseitigt ist.

Die immer wieder für eine überlebensfähige Population ins Spiel gebrachte Zahl von 1.000 Wölfen für die gesamte Bundesrepublik ist eine reine Märchenzahl, die von Biologen einst für Huftiere wissenschaftlich abgeleitet wurde und nicht auf den Wolf übertragen werden kann. Auch die angebliche Scheu des Wolfes vor dem Menschen ist aus wissenschaftlicher Sicht ein modernes Märchen, das im Übrigen auch durch zahlreiche Wolfssichtungen in unseren Städten und Gemeinden zwischenzeitlich widerlegt ist.

Es muss das Ziel sein, sowohl für den Wolf als auch für den Kormoran, ein Management zu entwickeln, das die Jagd nicht ausschließt. Ziel muss es sein, beide Arten durch eine Änderung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union in das Landesjagdgesetz aufzunehmen und Jagdzeiten festzulegen.

Erfolgreiche und verantwortungsvolle Jagd ist nur mit brauchbaren Jagdhunden möglich. Hier leistet der Landesjagdverband Sachsen-Anhalt zusammen mit den Vereinen herausragende Arbeit. Im Hinblick auf Haltung und Einsatz von Jagdhunden muss im Interesse der waidgerechten Ausübung der Jagd und der Rechtssicherheit aus unserer Sicht sowohl eine Überarbeitung des Landesjagdgesetzes als auch des Hundegesetzes Sachsen-Anhalt erfolgen.

Die Jäger\*innen leisten im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Wildunfällen in Zusammenarbeit mit der Polizei in Sachsen-Anhalt viel, ohne dass sie dafür vergütet werden. Wir wollen uns im Land Sachsen-Anhalt dafür einsetzen, dass für diesen vielfältigen Einsatz die Jagdsteuer und die Hundesteuer für brauchbare Jagdhunde als gemeindliche Aufwandssteuern abgeschafft werden.

## **5. Moderne Entsorgungspolitik - Ressourcen schonen**

Schutz und nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen gehören zu den politischen Grundprinzipien der FREIEN WÄHLER.

Sowohl im privaten als auch im gewerblichen Kontext sollen durch geeignete Maßnahmen die Abfallmengen reduziert und vorhandene Ressourcen so weit wie möglich und wirtschaftlich vertretbar wiederverwendet werden. Wir bekennen uns daher dazu, dass die Abfallwirtschaft sich sukzessive weiter zu einer Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft entwickeln muss. Den Mentalitätswandel weg von der „Wegwerfgesellschaft“ zu einer bewussten Auseinandersetzung mit der Endlichkeit natürlicher Ressourcen sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wollen dies insbesondere durch entsprechende Projekte in den Kitas und Schulen als auch durch die Förderung von Initiativen und Vereinen unterstützend begleiten.

Den bestehenden gesetzlichen Rahmen in unserem Bundesland wollen wir dahingehend weiterentwickeln, dass die stoffliche Trennung von Abfällen vor der Erstbehandlung in den entsprechenden Anlagen weiter gestärkt wird. Gerade die hohe Menge an verwertbaren Stoffen und Ressourcen im Hausmüll und in hausmüllähnlichen gewerblichen Abfällen erfordert einen weitergehenden politischen Rahmen als dies bisher der Fall ist. Gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts als Unteren Abfallbehörden wollen wir diesbezüglich zielführende und regional abgewogene Lösungen finden.

Auch im Hinblick auf die 2019 erfolgte Novellierung der Gewerbeabfallverordnung streben wir einen intensiven Austausch mit Vertretern von Industrie, Handwerk und Gewerbe an, wie die Recyclingquote sinnvoll erhöht werden kann. Der bisherige gesetzliche Rahmen stellt aus unserer Sicht eine wirtschaftliche und bürokratische Belastung für Unternehmen dar und wird zusätzlich nicht zu einer signifikanten Erhöhung der stofflichen Verwertung beitragen.

Dort, wo Abfälle technisch oder wirtschaftlich nicht zumutbar stofflich verwertet werden können, bleibt die thermische Verwertung weiter ein gangbarer Weg.

Die notwendige Entsorgung von nicht verwertbaren und insbesondere gefährlichen Abfällen in entsprechenden Deponien muss nicht nur weiter gemeinwohlverträglich Mensch und Umwelt schützen, sondern stärker als bisher Kommunen und Bürgerinitiativen bei Planungsverfahren einbeziehen. Offenkundige Verfehlungen der Vergangenheit sind parlamentarisch und behördlich aufzuklären und konsequent abzustellen.

Dies bedeutet für uns auch, dass wir den „Mülltourismus“ in den Deponien beenden werden. Sachsen-Anhalt muss ausreichend Kapazitäten für die Entsorgung und Deponierung der eigenen Abfälle vorhalten, aber eine Einlagerung von Abfällen aus anderen Bundesländern oder gar aus dem europäischen Ausland ist für uns keine Option.

Unsere Ziele:

- Initiativen und Projekte zur Abfallvermeidung und Abfallreduzierung in Kitas, Schulen und in der Gesellschaft unterstützen,



- Maßnahmen zur Stärkung der stofflichen Trennung und Wiederverwertung von Abfällen unter Wahrung von Wirtschaftlichkeit, Regionalität und unter Einbeziehung von Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie Industrie, Gewerbe und Handwerk entwickeln,
- höhere Recyclingquoten bei gewerblichen Abfallströmen erreichen,
- planungsrechtliche Einflussmöglichkeiten von Kommunen und Bürgerinitiativen im Hinblick auf die Errichtung von Deponien ausweiten,
- keine Einlagerung von nichtverwertbaren oder gefährlichen Abfällen aus anderen Bundesländern oder dem Ausland in Sachsen-Anhalt.

## II. SOZIALES – GEMEINSCHAFT UND RESPEKT

Wir FREIEN WÄHLER sehen in diesem Bereich eines der wichtigsten Handlungsfelder. Die Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt ist für uns Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Sachsen-Anhalt lebt von Menschen, die jeden Tag ihr Bestes geben in Familie, Beruf oder Ehrenamt.

Wir stehen für ein gesellschaftliches Miteinander, das Individualität, Vielfalt und Solidarität fördert und wertschätzt. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Respekt vor der Freiheit eines jeden Einzelnen, aber auch der Respekt vor den Werten der Mehrheitsgesellschaft steht.

Eine wichtige soziale Stütze unserer Gesellschaft ist die ehrenamtliche und darum meist unentgeltliche Arbeit. Sei es in den Sportvereinen, bei den freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten, in wohltätigen Vereinen oder ganz einfach beim Vorlesen in Kindergärten – überall und in noch viel mehr Bereichen finden sich Ehrenamtliche, die mit viel Engagement unsere Gesellschaft stützen. Wir wollen, dass im Gegenzug das Engagement im Ehrenamt mehr Wertschätzung erfährt und bürokratische Hürden für die Vereine abgebaut werden.

Unter den steigenden Sozialausgaben brechen die kommunalen Haushalte in Sachsen-Anhalt fast zusammen, weil es gleichzeitig an Einnahmen z. B. aus der Gewerbesteuer fehlt. Wir wollen dennoch keine Leistungskürzungen und machen uns deshalb stark für eine höhere finanzielle Beteiligung von Land und Bund an diesen Ausgaben, um die Kommunen handlungsfähig zu halten.



## A. Familien, Kinder und Senioren

### 1. Familien stärken

Die FREIEN WÄHLER stehen für echte Wahlmöglichkeit, welches Familienmodell und welches Modell der Kindererziehung die Eltern für sich wählen wollen. Eltern müssen sich entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst zu Hause betreuen oder ob sie ihre Kinder in die Krippe, Kita oder in den Hort ganztags oder stundenweise bringen wollen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können. Für uns FREIE WÄHLER darf es deshalb auch keine Bevorzugung bestimmter Formen der Kinderbetreuung von staatlicher oder kommunaler Seite geben. Wir wollen ein kinderfreundliches Sachsen-Anhalt.

Kinder sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft. Die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen ist hierbei von besonderer Bedeutung.

Unsere Ziele:

- Kita und Hort kostenlos für alle Kinder anbieten,
- Schule und Hort in einer Trägerschaft etablieren,
- kostenloses Schülerticket für alle,
- Azubi-Ticket auf Studierende ausweiten,
- Talentförderung,
- Hebammen-Beruf stärken: Versicherungsbelastungen begrenzen,
- Geburtshilfe und Kinderärzte flächendeckend sichern,
- ausreichende finanzielle Unterstützung in der Elternzeit,
- Unterstützung der Familien durch eine ausreichende Anzahl von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten mit flexiblen, den Bedürfnissen der Eltern angepassten Öffnungszeiten und einer über die bloße Betreuung hinausgehende Förderung und frühkindliche Bildung,
- eine Entlastung der Kindergärtner\*innen durch einen niedrigeren Betreuungsschlüssel,
- eine Anhebung der Gehälter zur Erhöhung der Attraktivität des Erzieherberufes,
- wohnsitznahe Einzugsbereiche für Kindergärten analog zur Grundschule,
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung,
- Angebotsvielfalt verschiedener Träger sicherstellen,
- gesunde und ausgewogene Speisen anbieten.

### 2. Gleiche Chancen für Frauen

Wir FREIEN WÄHLER stehen für echte Gleichberechtigung. Ungeachtet der Fortschritte gibt es immer noch einen eklatanten Widerspruch zwischen „gefühlter Gleichberechtigung“, also dem,

was Frauen heute möglich zu sein scheint, und den strukturellen Rahmenbedingungen. In Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft gibt es noch viel Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Gleichstellung in Form von Angleichung der Lebenssituation von Mann und Frau ist nach wie vor eine Herausforderung. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist seit Jahren unverändert niedrig. Und das, obwohl Frauen heute ebenso hoch qualifiziert sind wie Männer. Auch hinsichtlich der Entlohnung haben Frauen gegenüber Männern oftmals noch das Nachsehen.

Unsere Ziele:

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
- Kind und Karriere! – Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern,
- Frauenanteil in Führungspositionen ohne Quotenzwang erhöhen.

### **3. Demografischen Wandel gestalten – Fachkräfte sichern und gewinnen**

Sachsen-Anhalt ist, wie alle ostdeutschen Bundesländer, besonders durch den demografischen Wandel geprägt.

Während die Oberzentren Magdeburg und Halle (Saale) bevölkerungsseitig wachsen, erleben wir im ländlichen Raum vielerorts die massiven Verwerfungen des starken Bevölkerungsrückgangs der letzten Jahre. Wir FREIEN WÄHLER nehmen uns sowohl der Herausforderungen in der Stadt als auch auf dem Land an und wollen für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen.

Eine besondere Herausforderung hierbei stellt der Fachkräftemangel dar. Qualifiziertes Personal fehlt seit Jahren an allen Ecken und Enden: bei den Erziehungs- und Lehrkräften, dem Pflegepersonal, in den Naturwissenschaften und im Handwerk. Wir haben hier mittlerweile einen Zustand erreicht, bei dem Unternehmen aufgrund des Fachkräftemangels an Wachstumsgrenzen stoßen oder sogar existenziell gefährdet sind. Das wollen wir FREIE WÄHLER schnellstmöglich ändern.

Wir werden uns daher für folgende Ziele einsetzen:

- Ansiedlung von Unternehmen fördern, die qualifizierte Fachkräfte benötigen,
- punktuelle Netzwerk-Büros für Fachkräfte einrichten,
- regionale Fachkräfteinitiativen fördern,
- ein landesweites Netzwerk zur Unterstützung von Unternehmensnachfolgen aufbauen,
- Weiterbildung mit Hilfe staatlicher Anreize fördern,
- Einwanderungsgesetz für eine qualifizierte Zuwanderung,
- höhere Erwerbstätigkeit von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

- betriebliche Gesundheitsförderung unbürokratisch fördern,
- attraktive Anreize für eine freiwillige Fortsetzung der Erwerbstätigkeit nach dem Renteneintritt schaffen,
- Informations- und Förderangebote für rückkehrwillige Menschen intensivieren.

#### **4. Solidarisches Miteinander von Jung und Alt**

Das solidarische Miteinander von Jung und Alt sowie der Dialog zwischen den Generationen sind Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Wir wollen erreichen, dass die Älteren unter uns auch künftig ein selbstbestimmtes Leben führen können. Altersarmut und soziale Vereinsamung wollen wir bekämpfen. Die immer noch bestehenden Barrieren im öffentlichen Raum für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen müssen zügig abgebaut werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass auch ältere Menschen aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden. Diese wertzuschätzen und ihre Potenziale anzuerkennen, ist uns FREIEN WÄHLERN ein besonderes Anliegen. Wir setzen uns ein für eine echte Mehrgenerationenpolitik, die den Gedanken der Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben in den Mittelpunkt rückt. Gerade zur Stärkung des ehrenamtlichen, sozialen und kommunalen Engagements sind Erfahrung und Tatkraft der älteren Generation von hohem Nutzen. Wir FREIEN WÄHLER wollen dazu beitragen, unsere Stadt für ältere Menschen lebenswert zu gestalten. Sie sollten so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Wir unterstützen in allen Bereichen die Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen generationsübergreifende Wohnformen und Betreuungsnetzwerke fördern.

Unsere Ziele:

- barrierefreie Stadt- und Dorfentwicklung,
- Maßnahmen gegen soziale Vereinsamung,
- Mehrgenerationenhäuser und altersgerechtes Wohnen ausbauen,
- Gesundheitsangebote und medizinische Versorgung stärken,
- Projekte zur Gründung von Seniorenbeiräten fördern,
- mobile Verkaufseinrichtungen und Lieferdienste fördern,
- Quartierskonzepte zur Seniorenbetreuung fördern und umsetzen,
- aktive Freizeitmöglichkeiten für ältere Menschen schaffen,
- Verweildauer im eigenen Hausstand durch digitale Anwendungen fördern,
- Förderprogramme für altersgerechtes Wohnen und Wohnkonzepte ausbauen,
- Betreuungs- und Hilfskonzepte in Wohnquartieren entwickeln (technische Hilfsmittel oder digitale Anwendungen, zum Beispiel sensorgestützte Warn-App),
- flexible Mobilitätsangebote schaffen.

## **B. Soziale Verantwortung leben**

Wir FREIEN WÄHLER fördern Individualität und fordern den Respekt vor der Meinung der anderen. Unser Umgang miteinander ist geprägt von Toleranz und Gewaltfreiheit. Für ein funktionierendes Zusammenleben und -arbeiten in unserer Gesellschaft sind Respekt und ein gemeinsames Werteverständnis unerlässlich. Gemeinschaft, Respekt und Achtsamkeit sind Grundpfeiler unserer Gesellschaft.

Das Zusammenleben in einer Gemeinschaft geht nicht ohne Konflikte einher. Entscheidend ist, wie wir mit diesen Situationen umgehen. Andere Meinungen, verschiedene Lebenssituationen, unterschiedliche Vorstellungen über Werte und Regeln erfordern immer wieder aufs Neue eine Auseinandersetzung über das Leben in einer Gemeinschaft.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns mit aller Konsequenz gegen Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt in jeglicher Form ein. In unseren Gesetzen ist verankert, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ihrer Sprache, ihrer Abstammung, ihrer Heimat und Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen, ihrer sexuellen Identität, ihres Alters oder einer Behinderung benachteiligt werden dürfen. Dies ist für uns nicht verhandelbar und muss in allen Bereichen der Gesellschaft ankommen. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Frauen und Kinder sind besonders stark von häuslicher Gewalt bedroht. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass ein Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt Bedrohte geschaffen wird. Psychologische Betreuung, insbesondere auch für Kinder, muss gewährleistet sein. Betroffene Frauen müssen sicher, schnell und unbürokratisch Schutz und qualifizierte Hilfe in einem Frauenhaus oder einer Frauenschutzwohnung erhalten können. Zugangs-, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Frauen mit Behinderungen müssen optimiert werden. Die Finanzierung von Frauenhäusern, einschließlich der Frauennotrufe, muss langfristig gesichert werden. Das betrifft sowohl die Personal- als auch die Sachkosten einschließlich investiver Mittel. Finanzielle Leistungen für Frauenhäuser sind keine freiwilligen Leistungen, sondern Pflichtaufgaben der Kommunen im eigenen Wirkungskreis. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Anhebung der Zuweisungen im Finanzausgleichsgesetz (FAG) ein, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

### **1. Integration**

Wir FREIEN WÄHLER stehen für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen in unserem Land. Miteinander leben ist ein Geben und Nehmen, das Toleranz verlangt für den anderen, Sensibilität im Umgang mit Neuem, aber auch die Anerkennung von Regeln und traditionellen Werten. Die Integrationspolitik der FREIEN WÄHLER stellt den Menschen – egal, welcher Kultur – in den Mittelpunkt, und fordert Offenheit im sozialen Miteinander. Als unabdingbare Voraussetzung für eine gelungene Integration sehen wir die Kenntnis der

deutschen Sprache. Wir FREIEN WÄHLER treten daher für einen weiteren Ausbau der Sprachförderung schon ab dem Kindergartenalter ein.

Wir sind offen für Zuwanderung, wenn der Grundkonsens stimmt. Nur wer integriert ist, gehört auch wirklich dazu. Eine klug geregelte Integrationspolitik macht eine Gesellschaft bunter, attraktiver und reicher. Am Ende einer gelungenen Integration sollte das Gefühl stehen, dazugehören und nicht in einer Parallelgesellschaft zu leben. Stets unter der Prämisse, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Sprache, zu den Werten und zum Rechtssystem hierzulande zu bekennen, stehen die FREIEN WÄHLER der Zuwanderung mit Selbstverständnis und Offenheit gegenüber.

Die Kosten der Integration dürfen nicht auf unsere Städte und Gemeinden abgewälzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund vollumfänglich dafür aufkommt. Zahlreiche Kommunen in Sachsen-Anhalt sind ohnehin in finanzieller Not und dürfen nicht noch zusätzlich belastet werden.

Unsere Ziele:

- Erstunterbringung in kleineren Erstaufnahmeeinrichtungen,
- breite Verteilung in Kommunen, um Konzentrationen zu verhindern,
- frühzeitige Sprachkurse und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen,
- Zuwanderer mit Bleiberecht schneller in Arbeit bringen,
- Einwanderungsgesetz nach Qualifikation nach kanadischem und australischem Vorbild,
- Asylverfahren beschleunigen,
- Rückkehrhilfen vor Abschiebungen, bessere Zusammenarbeit mit Herkunftsländern,
- Sicherheitslage in Bürgerkriegsländern regelmäßig überprüfen,
- Sachleistungen vor Geldleistungen für Asylbewerber,
- Leistungen für nicht integrationswillige Flüchtlinge kürzen.

## **2. Menschen mit Behinderungen**

Wir FREIEN WÄHLER stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und machen uns für die Eingliederung der Menschen mit Behinderung in alle Lebensbereiche stark. Inklusion ist eine Aufgabe, die sehr viel Umdenken in zahlreichen Lebensbereichen erfordert. Wir setzen uns dafür ein, dass dies von Politik und Gesellschaft gemeinsam geleistet wird. Dabei muss klar sein, dass dies die Städte und Gemeinden selbst nicht finanziell schultern können. Neben dem Bund muss das Land Sachsen-Anhalt hier große finanzielle Verantwortung tragen, um den Menschen mit Behinderung gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit sowie die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

Unsere Ziele:

- keine unterschiedliche Behandlung von Menschen mit und ohne Behinderung,
- Barrierefreiheit in baulichen und anderen Anlagen, in Verkehrsmitteln, bei technischen Gebrauchsgenständen, in Systemen der Informationsverarbeitung sowie akustischen und visuellen Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen (zum Beispiel behindertengerechte Wohnungen zu vertretbaren Mieten, niveaugleiche Einstiege in Bus und Bahn, stufenloser Zugang zu Gebäuden, Blindenschrift, Sprachausgabe),
- gleichberechtigte Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben in der Gesellschaft sichern,
- Inklusion stärken – gemeinsame Erziehung und Bildung von Menschen mit und ohne körperliche Behinderungen.

### **3. Ehrenamt, Vereine und Sport**

#### **Für ein starkes Ehrenamt**

Das bürgerschaftliche Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft und verhindert soziale Kälte. Der vielfältige Einsatz, den Millionen von Menschen tagtäglich erbringen, ist Voraussetzung für ein solidarisches und verantwortungsbewusstes Miteinander. Daher setzen wir FREIEN WÄHLER uns für eine stärkere Würdigung ehrenamtlich Tätiger und den Abbau von bürokratischen Hürden ein.

Unsere Ziele:

- Vereine von überzogener Bürokratie befreien,
- Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Rettungskräfte ausweiten,
- Ehrenamtskarte flächendeckend ausbauen,
- staatliche Zuschüsse für die Ehrenamtskarte erhöhen,
- Ehrenamtskoordinatoren flächendeckend finanzieren,
- Altersbeschränkung für ehrenamtliche Schöffen aufheben,
- Vereine und Jugendarbeit stärker unterstützen.

#### **Sport im Verein fördern**

Wir FREIE WÄHLER wollen optimale Bedingungen für Breiten- und Leistungssport in allen Regionen schaffen und erhalten. Eine wichtige Voraussetzung dafür sind moderne öffentliche Sportstätten und Schwimmbäder. Hier brauchen die Kommunen Unterstützung in Form höherer staatlicher Zuschüsse. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die qualitative und quantitative Weiterentwicklung des Angebotes im Breitensport.

Unsere Ziele:

- Sportstätten und Schwimmbäder erhalten und neu bauen,
- Vereinssport als wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens vor Ort fördern,
- Sport als Freizeitangebot an Schulen stärken,
- stärkere Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen vor allem bei Ganztagsbetreuungsangeboten, stärkere Nutzung von Schulsportanlagen durch Vereine,
- alle Grundschul Kinder müssen sicher schwimmen lernen.

## C. Gesundheit

### 1. Medizinische Versorgung sichern

Seit Jahren wächst die Unterversorgung mit Haus- und Fachärzten in strukturschwachen ländlichen Regionen. Dies stellt mittlerweile ein akutes Problem für die Lebensqualität der Bevölkerung dar. Eine ortsnahe medizinische Versorgung ist jedoch ein entscheidender Standortfaktor für die Gemeinden. Ohne eine ortsnahe Gesundheitsversorgung verlieren Städte und Gemeinden enorm an Attraktivität.

Für die hausärztliche Versorgung auf lokaler Ebene ist eine kleinräumige Bedarfsplanung zu schaffen, die die örtlichen Strukturen beachtet. Dabei darf nicht allein die Einwohnerzahl maßgebender Faktor für die Zulassung von Ärzt\*innen sein, sondern die regionalen Gegebenheiten – Entfernungen und Altersstruktur der Patienten – müssen ebenso berücksichtigt werden. Hierzu ist ein örtlicher Rechtsanspruch auf flächendeckende ärztliche Grundversorgung zu schaffen.

Zur Erfüllung des Sicherstellungsauftrages sollten durch eine weitere Deregulierung den Kassenärztlichen Vereinigungen größte Handlungsspielräume eröffnet werden, um flexible regionale Lösungen zu ermöglichen.

Mit der Etablierung von Ärztenetzwerken kann eine wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung organisiert werden. Ohne eine ausreichende Anschubfinanzierung haben sich diese Zusammenschlüsse von Hausarzt\*innen sowie weiteren Ärzt\*innen verschiedener Fachrichtungen, Psychotherapeut\*innen und Vertreter\*innen anderer Gesundheitsberufe in Sachsen-Anhalt aber bisher nur selten gebildet. Hier muss sich das Land stärker engagieren.

Auch bei der Sicherstellung der stationären Versorgung müssen die regionalen Besonderheiten ebenfalls Grundlage der Krankenhausplanung sein. Damit der Kostendruck nicht zu Schließungen führt, ist die Finanzierung der Krankenhäuser via Fallpauschalen zu beenden. Die Krankenhäuser sind in der Fläche zu erhalten. Ist dies für privatwirtschaftliche Anbieter nicht zu leisten, muss der Staat bereit sein, von Schließung bedrohte Krankenhäuser zu übernehmen.



12 Minuten – so viel Zeit soll höchstens vergehen, bis ein Rettungswagen in Sachsen-Anhalt am Einsatzort eintrifft. Laut Rettungsdienstgesetz soll dieser Wert in 95 Prozent aller Fälle erreicht werden. Dies gelingt aber nicht in ganz Sachsen-Anhalt. Gerade in ländlichen Regionen mit den langen Wegen zum Einsatzort könnten Rettungshubschrauber Abhilfe schaffen. Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb, in dünnbesiedelten Regionen Rettungshubschrauber vorzuhalten.

Unsere Ziele:

- mehr Medizinstudienplätze schaffen,
- Landarztquote auf 10 Prozent erhöhen,
- Studium der Allgemeinmedizin aufwerten durch Schaffung weiterer Lehrstühle und Angleichung der Honorierung an Fachärzte,
- Ärzte im ländlichen Raum stärker fördern durch finanzielle Anreize wie Niederlassungszuschüsse, Investitionshilfen und Stipendien,
- Praktika (Famulatur) in hausärztlichen Landpraxen fördern,
- Telemedizin ausbauen,
- Berufsbild des Assistenzarztes einführen,
- Anreize für ältere Ärzte schaffen (zum Beispiel: Befreiung vom Bereitschaftsdienst),
- Gründungsmöglichkeiten von privaten und kommunalen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) verbessern,
- MVZ der Kassenärztlichen Vereinigung in unterversorgten Gebieten,
- Bildung von Ärztenetzwerken stärker fördern,
- Rettungshubschrauber für dünnbesiedelte Regionen vorhalten,
- Unterfinanzierung der Krankenhäuser abbauen,
- von Schließung bedrohte Krankenhäuser rekommunalisieren,
- Palliativ- und Hospizbewegung stärker fördern.

## 2. Gesunde Ernährung

Wir wollen, dass die Menschen wieder leichteren Zugang zu frischen Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung bekommen. Durch industrielle Weiterverarbeitung, Haltbarmachung und Einsatz von Zusatzstoffen werden vielfach ungesunde Prozesse, beispielsweise Lebensmittelunverträglichkeit und Allergien ausgelöst. Importware hält oftmals die deutschen Standards der Herstellung und Grenzwerte nicht ein. Die Verbraucher werden zuweilen getäuscht und verlieren den Überblick.

Leider gibt es immer noch zu viele Kinder, die in ihren Elternhäusern gar keinen oder einen sehr geringen Zugang zu gesundem Essen haben. Ungesunde Ernährung ist wiederum ursächlich für sehr viele Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck, Herzinfarkt, Arteriosklerose, Schlaganfall und vieles mehr. Sachsen-Anhalt hat bei den kardiovaskulären Erkrankungen (zum Beispiel Herzerkrankungen und Schlaganfall) die höchste Häufigkeit aller Bundesländer. Zum Wohle der Menschen ist die Politik auf allen Ebenen gefordert, bessere Rahmenbedingungen zu setzen.



Dies fängt bei den Jüngsten an. Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb die Schul- und Kitaspeisung verbessern. Durch Förderung von kommunalen Schulküchen sollen diese unabhängiger von Fremdanbietern werden.

Unsere Ziele:

- kommunale Schulküchen fördern,
- Lebensmittel klar bezüglich Herkunft und Produktionsweise kennzeichnen,
- heimische Direktvermarktung und Spezialitäten deutlich ausbauen und unterstützen,
- marktbeherrschende Strukturen im Lebensmitteleinzelhandel, in der Schlachthofbranche und der Lebensmittelindustrie bekämpfen,
- kleinstrukturierte, verbrauchernahe und mittelständische Land- und Ernährungswirtschaft erhalten und wiederaufbauen,
- Weidetierhaltung, Weide- und Hofschlachtung ausbauen, Tierschutz und bessere Fleischqualität durch kurze Wege,
- mehr Wertschöpfung für den Erzeuger, Honorierung von Tierschutz- und Umweltstandards sicherstellen,
- Gesamtkonzepte zur Reduzierung von Antibiotika und genveränderten Futtermitteln entwickeln,
- Lebens- und Futtermittelimporte streng kontrollieren, keine laxen Grenzwerte,
- mehr Aufklärung und Bildung in Bezug auf gesunde Lebensmittel, auch im Schulunterricht (Unterrichtsfach Alltagskompetenz).

### 3. Pflege

#### **Pflege muss angemessen und bezahlbar sein und bleiben**

Pflegebedürftigkeit ist ein allgemeines Lebensrisiko. Wir FREIEN WÄHLER sehen die aktuelle Situation im Bereich der Pflege als äußerst kritisch. Wir wollen die Bereitstellung besserer Informationsmöglichkeiten für alle Menschen, die Pflege benötigen, die Verbesserung der Arbeitssituationen von Pflegekräften und die rasche und zielgerichtete Hilfe für pflegende Angehörige. Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir FREIEN WÄHLER fordern alle Institutionen, von den ortsnahen Krankenhäusern, den Ärzten, den ambulanten und stationären Einrichtungen, den Sozialämtern, dem medizinischen Dienst der Krankenversicherung, dem Gesundheitsamt, der Wohlfahrtspflege, den Unternehmen bis hin zu den pflegenden Angehörigen auf, die Situation pflegebedürftiger Menschen wahrzunehmen und gemeinsam mit der Verwaltung den Versicherten angemessene Angebote zu machen.

Die Pflege alter und kranker Menschen steht seit Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik: steigende Pflegekosten, zu wenig Pflege- und Betreuungspersonal, schlechte Bezahlung von Pflege- und Betreuungskräften. Um Pflegebedürftige in Heimen angemessen zu betreuen,

fehlen in Sachsen-Anhalt mehrere tausend Pflegekräfte. Dies ist ein nicht hinnehmbarer Zustand.

Unsere Ziele:

- bessere Bezahlung der Pflegekräfte,
- Ausbildung der Pflegeberufe verbessern und aufwerten,
- Möglichkeit der Anerkennung von langjährigem Fachwissen bei Pflegehelfer\*innen schaffen.

## **Pflege macht arm**

Seit 2018 ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen für die stationäre Betreuung um 30 Prozent gestiegen. Die Menschen können den gestiegenen Eigenanteil nicht mehr selbst aufbringen, sondern sind auf Sozialhilfe angewiesen. Pflege macht arm, dies ist seit Jahren bekannt. Bislang wurde durch die Bundesregierung nichts unternommen, um die Kostenexplosion für die Pflegebedürftigen in den Griff zu bekommen, wie zum Beispiel eine Anpassung wie beim staatlichen Kindergeld.

Seit Einführung der Pflegeversicherung ist die Pflege für den Einzelnen erheblich teurer geworden. Gute Pflege können sich die Bedürftigen kaum noch leisten. Für die Kosten haften die Ehepartner und die Angehörigen in auf- und absteigender Linie, also zum Beispiel Eltern, Kinder und sogar Enkelkinder. Die Konzeption der Pflegeversicherung muss überarbeitet werden. Die Pflege muss über angepasste Beiträge zur Pflegeversicherung finanziert werden – auch inklusive der Beiträge der Beamten und Selbständigen.

Unsere Ziele:

- Pflegefinanzierung überprüfen,
- ambulante Pflege finanziell stärken,
- betreutes Wohnen und Wohngruppen finanziell fördern,
- pflegende Angehörige unterstützen,
- bessere Versorgung mit Pflegehilfsmitteln im ambulanten Bereich.

## **4. Seuchenprävention**

Die Pandemie mit SARS-CoV-2 hat uns vor Augen geführt, dass die aktuelle Landesregierung trotz Beteuerungen und vorhandener Pläne schlecht vorbereitet war. Das Fehlen von persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) in ausreichender Menge sowie Desinfektionsmitteln, Grundsubstanzen dafür und ausreichend Gefäßen (Kanister, Sprühflaschen) war ein Desaster.

Ohne die engagierte und kompetente Arbeit der Gesundheitsämter vor Ort wäre der Ausbruch nicht einzudämmen gewesen. Die Krise hat gezeigt, dass sich die Nähe der Entscheidungen zur Lage vor Ort ausgezahlt hat. Den Gesundheitsämtern ist deshalb noch mehr Entscheidungskompetenz zuzuweisen. Die FREIEN WÄHLER wollen eine stärkere Berücksichtigung der regionalen Lage bei der Festlegung von Eindämmungsmaßnahmen.

Die Corona-Krise hat wie ein Brennglas gewirkt und Fehlentwicklungen der Vergangenheit schonungslos offengelegt. Ein unreflektiertes „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben. Vielmehr eröffnet die Corona-Krise eine historische Chance, um beim Neustart mit geeigneten Reformen nachzusteuern. Das betrifft alle wichtigen Politikfelder. Das Gesundheitssystem ist zu reformieren, überfällige Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft sind anzustoßen sowie die Digitalisierung voranzubringen. Nur wenn wir die Krise konsequent aufarbeiten, kann unsere Gesellschaft gestärkt und erneuert aus ihr hervorgehen.

Unsere Ziele:

- kleine Krankenhäuser in der Fläche erhalten,
- landesweit einheitliche Pandemiestrategie entwickeln,
- Zuständigkeiten kommunaler Gesundheitsämter stärken,
- Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern,
- Mitarbeiter\*innen im Gesundheitswesen besser bezahlen,
- Unabhängigkeit von Medikamentenimporten gewährleisten,
- Katastrophenschutz und Feuerwehren besser für Pandemien rüsten,
- Produktion krisenrelevanter Güter sichern,
- ausreichend Bestände an PSA und Desinfektionsmitteln (und Grundsubstanzen) sichern,
- Lagerung und Verteilung koordinieren die Gesundheitsämter der Landkreise,
- Förderung des Impfschutzes der Bevölkerung (Schulimpfungen).

### III. STAAT UND GESELLSCHAFT

Der Mensch im Mittelpunkt – das ist die Grundaussage der FREIEN WÄHLER. Wir kümmern uns um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und wollen für unser Land eine bessere Zukunft schaffen. Wir wollen eine mündige und politische Gesellschaft, in der Konflikte demokratisch ausgetragen und am Ende tragfähige Kompromisse gefunden werden: eine Debattenkultur ohne Denkverbote.

Allerdings müssen wir feststellen, dass das Vertrauen in unseren demokratischen Rechtsstaat gegenwärtig auf die Probe gestellt wird: Über die sozialen Medien verbreiten sich Verschwörungstheorien, Pseudowissenschaft, Unwahrheiten und extremistisches Gedankengut. Gleichzeitig wird Qualitätsjournalismus als „Lügenpresse“ verunglimpft. Fakten verlieren an Bedeutung.

Mit Transparenz und ideologiefreier Sachlichkeit kann das Vertrauen der Menschen zurückgewonnen werden. Hierfür stehen wir FREIEN WÄHLER.

## **A. Bürgerrechte stärken**

### **1. Bürgerbeteiligung und Transparenz**

Wir FREIEN WÄHLER sind kommunal stark verankert – das macht uns aus. Wir wissen daher, was für die Menschen in einer Region gut ist. Aus dem Grund unterstützen wir FREIEN WÄHLER lokale und regionale Initiativen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Beteiligungsrechte der Bürger\*innen in Planungs- und Zulassungsverfahren gestärkt werden. Das hilft frühzeitig, Konflikte zu vermeiden. Wir fordern darüber mehr Transparenz in diesen Verfahren.

Wir FREIEN WÄHLER fordern die Herabsenkung der zu hohen Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide, die Einführung von Volksabstimmungen bei Fragen von grundlegender Bedeutung und die Ermöglichung bundesweiter Volksentscheide zu nationalen und europäischen Fragen.

Unsere Ziele:

- Quorum bei Bürgerbegehren von 10 auf 5% senken,
- Quorum bei Volksbegehren von 9 auf 5 % senken,
- Themenausschluss für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide reduzieren,
- Beteiligungsrechte der Bürger\*innen in Planungsverfahren stärken.

### **2. Verbraucher- und Datenschutz**

Wir FREIEN WÄHLER gehen bei unserer Verbraucherschutzpolitik vom gut informierten und mündigen Bürger aus. Ohne großen Aufwand müssen die Menschen ihre Verbraucherrechte überblicken können. Aufgabe des Staates ist es daher, einen geeigneten Rechtsrahmen durch transparente Verfahren und klare, unbürokratische Regelungen für Verbraucherrechte zu schaffen und für eine effektive Durchsetzung zu sorgen. Der Verwaltung und den Unternehmen dürfen dabei allerdings keine zusätzlichen Belastungen durch bürokratische Regelungen auferlegt werden.

Wir FREIEN WÄHLER werden uns dafür einsetzen, das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt personell und finanziell zu verstärken. Auch die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e. V. werden wir stärker fördern. Wir werden ihr auch zweckgebundene Mittel zur

Verfügung stellen, um die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt über Kostenfallen und „Abzocke“ im Internet aufzuklären und für die Risiken zu sensibilisieren.

In der Lebensmittelproduktion setzen wir FREIE WÄHLER verstärkt auf Regionalisierung. Das verkürzt die Transportwege, hilft bei der sicheren Deklaration von Lebensmitteln und verbessert die Versorgung mit in der Region produzierten gesunden Nahrungsmitteln.

Das informationelle Selbstbestimmungsrecht genießt als Teil des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts Verfassungsrang. Die persönlichen Daten jedes Bürgers bedürfen eines besonderen Schutzes. Der Landesdatenschutzbeauftragte Sachsen-Anhalts muss personell und finanziell deutlich besser ausgestattet werden, um die gewachsenen Aufgaben nach der Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes unter Berücksichtigung der Datenschutzgrundverordnung erfüllen zu können. Darüber hinaus machen wir FREIEN WÄHLER uns dafür stark, in dieser Behörde ein Beratungsangebot zu etablieren, das insbesondere Vereine bei der Einhaltung des Datenschutzes, unter anderem bei der Nutzung sozialer Medien, dem Führen von Mitgliederdatenbanken usw. unterstützt.

Unsere Ziele:

- klare Lebensmittelkennzeichnung,
- bessere Verbraucherinformation,
- Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt und Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e. V. unterstützen,
- Lebensmittelproduktion stärker regionalisieren,
- angemessene Personalausstattung des Landesdatenschutzbeauftragten Sachsen-Anhalt und Etablierung eines Beratungsangebotes.

### **3. Wahlen**

Wir FREIEN WÄHLER wollen möglichst vielen Menschen die Teilnahme an Wahlen ermöglichen. Deshalb sind die Voraussetzungen des passiven Wahlrechtes, also selbst zu kandidieren, zu vereinfachen. Das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen ist auf ein Mindestalter von 17 Jahren herabzusetzen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern darüber hinaus, das Prinzip der Stichwahlen bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen abzuschaffen. Wer im ersten Wahlgang die meisten Stimmen hat, ist gewählt.

Unsere Ziele:

- Wahlalter bei Landtagswahlen auf 17 Jahre absenken,
- Stichwahlen abschaffen,

- Anzahl notwendiger Unterstützungsunterschriften senken,
- Eintragungsfristen verlängern und Online-Eintragungen ermöglichen.

## 4. Medien und Netz

Wir FREIEN WÄHLER wollen eine vielseitige Medienlandschaft erhalten und dadurch Meinungsvielfalt bewahren. Wir bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und setzen uns für den Erhalt lokaler Fernseh- und Radiosender sowie Zeitungen ein. Wir sehen es als unsere politische Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk zu erhalten.

Die Pressefreiheit ist eine der Säulen unserer Demokratie. Angriffe auf Medienvertreter\*innen sind auch Angriffe auf die Demokratie und dürfen nicht zugelassen werden.

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Netze und des Breitbandes ist weiter zu forcieren. Der Zugang zum Internet muss für alle sozialen Gruppen ermöglicht werden.

Unsere Ziele:

- eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft erhalten,
- öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterentwickeln,
- Jugendschutz stärken und Alterskontrolle verbessern.

## B. Sicherheit und Ordnung

### 1. Polizei – Innere Sicherheit

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine wesentliche Aufgabe unseres Staates. Wir sehen Sicherheit als einen umfassenden Begriff an, der nicht nur die Gefahrenabwehr betrifft. Nicht zuletzt durch die Angst vor Terror und zunehmender Einbruchskriminalität leidet auch das persönliche Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung ausgebaut wird. Sie gehört in Zeiten zunehmender Einbrüche zu den wichtigsten polizeilichen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Beratung über wirksame Sicherungseinrichtungen und Schwachstellenanalysen müssen flächendeckend angeboten und die Bevölkerung durch Werbemaßnahmen darauf aufmerksam gemacht werden.

Die innere Sicherheit in Sachsen-Anhalt funktioniert zurzeit aufgrund des akuten Personalmangels nur noch eingeschränkt. Deshalb fordern wir eine schnellstmögliche Erhöhung

der Personalstärke unserer Polizei auf das Niveau von 2011: 6800 Polizist\*innen. Der Beförderungsstau ist zügig abzubauen. Unser Ziel ist mehr Präsenz der Polizei auf der Straße. Hierzu ist die Zahl der Regionalbereichsbeamten zu erhöhen. Die technische Ausstattung ist auf den aktuellen Stand zu bringen. Bodycams sind verpflichtend einzuführen. Zur besseren Ermittlung von Straftäter\*innen, aber auch zur Abschreckung sind an besonders neuralgischen Stellen intelligente Videoüberwachungsanlagen aufzubauen.

Unabhängig von der ideologischen Ausrichtung sind Extremisten Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und müssen mit allen Mitteln unserer wehrhaften Demokratie bekämpft werden. Auf rechtes, linkes und religiös motiviertes Handeln gegen unseren Staat müssen wir in gleicher Weise reagieren. Dies gilt auch für die sogenannten Reichsbürger. Bei ihnen handelt es sich nicht bloß um irgendwelche Querulanten, sondern um Gefährder unserer öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Durch einen stärkeren bundesdeutschen Verfassungsschutz müssen solche Extremisten besser länderübergreifend überwacht werden.

Die Zahl tätlicher Angriffe auf Amtsträger wie Polizei- und Rettungskräfte steigt in beunruhigender Weise. Die Attacken sind zum Teil äußerst brutal. Wir wollen daher das Strafmaß bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verschärfen und auf Rettungskräfte ausweiten. Wir fordern eine Mindeststrafe von einem Jahr in schweren Fällen. Wir FREIEN WÄHLER sind stolz auf unsere Polizei sowie unsere Rettungskräfte und stehen an ihrer Seite.

Unsere Ziele:

- personelle und technische Ausstattung verbessern,
- härtere Strafen bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Angriffen auf Rettungskräfte,
- Einbruchsprävention fördern,
- kommunale Ordnungsämter stärker durch die Polizei unterstützen,
- Problemgebiete häufiger bestreifen,
- Extremismus früh erkennen und bekämpfen,
- Verfassungsschutz stärken.

## **2. Justiz**

Wir FREIEN WÄHLER fordern die unbedingte Respektierung des Rechtsstaates. Gesetze sind einzuhalten – dies ist nicht verhandelbar und selbstverständlich.

Die Justiz muss sofort personell und finanziell besser ausgestattet werden und durch schnellere Verfahren wieder in die Lage versetzt werden, dem Recht zeitnah zur Geltung zu verhelfen. Aus Zeitnot entstehende Prozessverschleppungen, Formfehler oder Überlastung von Justiz und Polizei, nicht selten mit der Folge unverhältnismäßig milder Strafen (zum Beispiel wegen überlanger Verfahrensdauer), darf es nicht mehr geben.



Für uns FREIE WÄHLER ist die Unabhängigkeit der Justiz unverzichtbar. Politische Einflussnahme gegenüber der Justiz lehnen wir ab. Die Weisungsbefugnis des Justizministeriums gegenüber Staatsanwaltschaften ist abzuschaffen. Sie entspricht nicht dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass auch leichtere Straftaten und Vandalismus verfolgt und geahndet werden. Sie sind nicht selten die Vorstufe zu weiteren Delikten. Das gilt auch für jugendliche Intensivtäter\*innen. Analog dem Neuköllner-Modell mit Warnschussarrest, sollen die Behörden wie Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft und Jugendgericht besser zusammenarbeiten.

Sicherheit bietet mehr Lebensqualität und dabei geht es nach Auffassung der FREIEN WÄHLER um tatsächliche und nicht nur um gefühlte Sicherheit.

Unsere Ziele:

- Gerichtsstandorte und JVA Volkstedt erhalten,
- Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und finanziell aufstocken,
- Strafmilderungsgründe reduzieren,
- Weisungsbefugnis des Justizministeriums für die Staatsanwaltschaften abschaffen,
- Opferschutz vor Täterschutz stellen.

### **3. Straßenverkehr**

Sachsen-Anhalt hat erfolgreich den Moped-Führerschein mit 15 eingeführt. Hieran halten wir fest. Das begleitende Fahren im PKW ist ab 17 Jahren möglich. Wir wollen diese Möglichkeit bereits Jugendlichen ab 16 Jahren eröffnen, um so in Begleitung noch längere Zeit Erfahrungen sammeln zu können.

Wir fordern mehr Bürgerbeteiligung bei der Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen und bei Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Kommunen, zum Beispiel in Wohngebieten und in der Nähe von Schulen.

Zur Förderung des Radverkehrs fordern wir den zügigen Ausbau von Radwegen. Bei der Priorisierung der Maßnahmen darf aber nicht allein auf die Anzahl der Verkehrsbewegungen abgestellt werden, sondern auch die Erschließungsfunktion für zentrale Orte und die Schließung von Lücken im Radwegenetz. Innerörtlich soll verstärkt die Möglichkeit genutzt werden, in Einbahnstraßen den entgegenkommenden Radverkehr zuzulassen. Wir fordern die sofortige Einführung von sogenannten Abbiege-Assistenten für LKW zum Schutz von Fahrradfahrern im Wege der Nachrüstung.

Autobahnen zählen zu den sichersten Straßen in Deutschland. Die Zahl der Verkehrstoten war 2019 so gering wie nie. Ein Tempolimit würde auch nur zu einer marginalen Abgasreduzierung



führen. Deshalb lehnen wir ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. Wir setzen auf einen verantwortungsvollen Umgang aller mit der Straßenverkehrsordnung.

Unsere Ziele:

- begleitendes Fahren ab 16,
- kommunale Mitsprache bei innerörtlichen Geschwindigkeitsregulierungen,
- Radverkehr fördern,
- kein generelles Tempolimit auf Autobahnen.

## **C. Staat und Verwaltung**

### **1. Parlament und Landesverwaltung**

Die Landtagsabgeordneten haben sich aus unserer Sicht ausschließlich an den Interessen der Bürger\*innen zu orientieren. Wir FREIEN WÄHLER werden uns deshalb für die Einführung eines Lobbyregisters stark machen sowie uns dafür einsetzen, dass die Tätigkeit von Landtagsabgeordneten in Aufsichtsräten, Beiräten und ähnlichen Gremien verpflichtend veröffentlicht werden. Damit wollen wir erreichen, dass mögliche Einflussfaktoren auf politische Entscheidungen offen dargestellt werden. Dies dient im Ergebnis der Verhinderung von Einflussnahme.

Im Interesse der von uns bevorzugten bürgernahen Politik werden wir FREIEN WÄHLER uns dafür einsetzen, dass die Arbeit der Landtagsabgeordneten und des Parlaments in jeder Hinsicht stärker öffentlich wahrnehmbar wird. Gesetzgebungsverfahren sollen von der Antragstellung über Stellungnahmen und Änderungsanträge bis hin zu den Stellungnahmen der Interessenverbände über das Internet öffentlich zugänglich sein. Anhörungen zu Gesetzesinitiativen sind stets öffentlich anzukündigen.

Wir FREIEN WÄHLER vertreten die Auffassung, dass der Landtag und die Landesverwaltung in erster Linie den Interessen der Bürger\*innen und der Kommunen, in denen sie leben, verpflichtet sind. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass in der Landesverwaltung ein funktionierendes Qualitätsmanagement eingeführt wird. Gerade beim Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung muss die Verwaltungsdigitalisierung in den Blick genommen werden. Eine digitale Aktenführung, stärkere Transparenz und neue Prozesse werden zu Veränderungen in der Verwaltung führen. Die Umsetzung des gesetzlichen Prinzips der offenen Daten führt zu einer entgeltfreien Bereitstellung, einem freien Zugang zu Daten und der Verpflichtung der Maschinenlesbarkeit. Die dafür erforderlichen Veränderungsprozesse müssen auch in der Landesverwaltung vorangetrieben werden. Verwaltungsmodernisierung ist ein ständiger Prozess und eine Daueraufgabe. Ein funktionierendes Qualitätsmanagement führt auch dazu, dass ständig kritisch überprüft wird, ob hier tatsächlich alle Möglichkeiten bereits genutzt werden.

Wir FREIEN WÄHLER stehen in jeder Hinsicht für Transparenz. Dies gilt auch für den Landeshaushalt. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass Beraterverträge, die immer in Sachsen-Anhalt für Skandale gesorgt haben, reduziert und offen dargestellt werden.

Wir werden uns darüber hinaus für die Stärkung der Rechte und Aufgaben des Landesrechnungshofes einsetzen. Die Verwendung von öffentlichen Mitteln muss vollständig unter Kontrolle des Landesrechnungshofes stehen. Dies gilt auch für Stiftungen und Vereine, die ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Wir FREIEN WÄHLER werden auch die besondere Rolle des Landesverwaltungsamtes analysieren. Die Bündelung von Aufgaben im Landesverwaltungsamt muss einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass so viele Aufgaben wie möglich durch die Kommunen vor Ort erledigt werden können. Dies zeigen die Erfahrungen anderer Bundesländer sowie die wiederholt vorgebrachten Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände. Dadurch wird einer Entfremdung zwischen der Bevölkerung und Politik/Verwaltung entgegengewirkt.

Um behördliche Tätigkeit bürgernäher stattfinden zu lassen, werden wir FREIEN WÄHLER uns dafür einsetzen, dass das Landesverwaltungsamt zukünftig an drei Standorten in Sachsen-Anhalt regional angesiedelt wird: Nord (Stendal), Mitte (Dessau-Roßlau) und Süd (Halle).

Bei notwendigen Umzügen von Ministerien und Landesbehörden sind Standorte außerhalb der Oberzentren, bevorzugt Regionen, die dem Strukturwandel besonders unterliegen, zu präferieren. Durch eine räumliche Verteilung politischer Institutionen und Behörden im Land wollen wir für die Menschen Politik wieder erlebbar machen, um so dem fortgeschrittenen Misstrauen gegen staatliche Institutionen zu begegnen.

Unsere Ziele:

- Lobbyregister einführen,
- mehr Bürgernähe der Abgeordneten,
- Gesetzgebungsverfahren öffentlich zugänglich machen,
- Anhörungen zu Gesetzesinitiativen öffentlich ankündigen,
- funktionierendes Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung einführen,
- mehr Transparenz im Landeshaushalt herstellen,
- Rechte und Aufgaben des Landesrechnungshofes stärken.
- eine bürgernahe und moderne Landesverwaltung,
- Kommunen stärken: möglichst viele Aufgaben durch die Kommunen vor Ort erledigen lassen,
- Landesbehörden regionalisieren.

## 2. Öffentliche Finanzen

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für ausfinanzierte Haushalte aller Städte und Landkreise ein. Dabei sind sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen, die Städte und Landkreise stärker als bisher bei der Bewältigung der finanziellen Herausforderungen zu unterstützen. Nur so können die Kommunen selbstbestimmt ihre Pflichtaufgaben erledigen und freiwillige Leistungen gewähren.

Die neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Zeit – insbesondere auch unter dem Aspekt der COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen – stellen die öffentlichen Finanzen vor neue und anspruchsvolle Herausforderungen. Das Land hat zur Abmilderung der Folgen der Pandemie den seit Jahren eingeschlagenen Weg der Konsolidierung verlassen. Um eine wirtschaftliche Rezession zu vermeiden, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten war diese Entscheidung richtig. Für die Gerechtigkeit unter den Generationen und die Wiedergewinnung von finanzpolitischem Handlungsspielraum muss das Land jedoch schnellstens auf den Konsolidierungskurs zurückkehren.

Auch und gerade im Interesse der Kommunen, dem unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen, sind solide Landesfinanzen unabdingbar. Gesichert werden müssen vor allem die finanziellen Grundlagen für die wirtschaftliche Weiterentwicklung, die Infrastruktur, Bildung, innere Sicherheit, Gesundheit und Kultur des Landes. Dazu ist eine politische Prioritätensetzung notwendig, die Effizienz der Mittelumsetzung ist zu steigern und der Verschwendung der Kampf anzusagen.

Die Kommunen profitieren direkt von gesunden und soliden Landesfinanzen, da sie auf die Einnahmen aus dem Landesfinanzausgleich und deren Verlässlichkeit und Stabilität angewiesen sind. Kommunen müssen über auskömmliche Finanzen verfügen, sonst können sie die ihnen übertragenen Pflichtaufgaben nicht erfüllen. Sie brauchen daneben jedoch auch ausreichende Mittel für freiwillige Aufgaben, für Theater, Vereine, Schwimmbäder, damit sie ein lebenswertes Umfeld für ihre Bürger gestalten können. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in all ihren Facetten muss sichergestellt sein.

Für die Altschuldenproblematik der Kommunen soll gemeinsam mit dem Land und mit Hilfe des Bundes eine solidarische Lösung gefunden werden. Ein starkes Land braucht starke Kommunen.

Die Europäische Union und der Bund stellen den Bundesländern und Kommunen Fördermittel für unterschiedliche Zwecke zur Verfügung. Um von diesen Drittmitteln profitieren zu können, ist es notwendig, eigene finanzielle Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung zu haben. Dies gelingt dem Land und vielen Kommunen nicht immer in ausreichendem Umfang. So gehen Mittel verloren, die das Land und die Kommunen dringend für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess, für Forschung und Entwicklung, die Bildung und Kultur sowie die Infrastruktur

brauchen. Die Sicherung dieser notwendigen Kofinanzierungsmittel muss oberste finanzpolitische Priorität haben.

Das Land erhält gesondert bis 2038 rund 4,8 Milliarden Euro für den Strukturwandel in der Kohleregion. Im Kohlerevier im südlichen Sachsen-Anhalt soll damit eine Zukunftsperspektive erschlossen werden. Es ist unentbehrlich, dass die Kommunen der betroffenen Region durch das Land eng in die Konzipierung und Umsetzung des Strukturwandels einbezogen werden. Entscheidungen von oben herab sind nicht akzeptabel.

Die Feuerschutzsteuer, die dem Land Sachsen-Anhalt nach Vereinnahmung durch den Bund zufließt, wird seit vielen Jahren zu weit mehr als 50 Prozent in den Landeshaushalt eingestellt und nicht für unsere Feuerwehren ausgegeben. Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die Feuerschutzsteuer zukünftig ausschließlich zweckgebunden für die Finanzierung der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt verwendet wird.

Wir FREIEN WÄHLER fordern mehr finanzielle Ausgleichsleistungen für Sachsen-Anhalt im Rahmen des Länderfinanzausgleichs durch den Bund zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass durch die steuerlichen Instrumente der Organschaftsverhältnisse und Gewinnabführungsverträge in Sachsen-Anhalt erwirtschaftete Umsätze und Gewinne in andere Bundesländer fließen. Die in Sachsen-Anhalt erwirtschafteten Gemeinschaftssteuern auf Umsatz und Gewinn müssen über den Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden.

Wir FREIEN WÄHLER fordern eine Vereinfachung der Fördermittellandschaft und kein „Totreglementieren“. Bei Fördermaßnahmen wird auf jeder politischen Ebene zusätzlich reglementiert und ergänzt, was zu einem riesigen Verwaltungsaufwand in der Beantragung der Förderungen führt. Wegen der zu leistenden Eigenanteile und des personellen Aufwandes der Kommunen werden Fördermittel nicht abgerufen. Es werden eher reiche Kommunen die Finanzierung schaffen und arme Kommunen nicht.

Der Landesrechnungshof stellt in seinen Jahresberichten regelmäßig Verschwendung öffentlicher Gelder durch Landesbehörden fest. Bei Sale-and-lease-back-Geschäften, ausgelagerten Gesellschaften oder Beraterverträgen mangelt es erheblich an Transparenz. Es ist dringend eine strengere Kontrolle der Effizienz und Notwendigkeit öffentlicher Ausgaben durchzusetzen. Hierfür sind insbesondere die Prüfrechte und die Personalausstattung des Landesrechnungshofs zu stärken.

Einer stärkeren Kontrolle bedarf auch die Landesbank. Die FREIEN WÄHLER sind gegen die Aufnahme neuer Landesschulden zur Finanzierung von Verlusten der NordLB.

Die Tilgung der Schulden aus eigenen Mitteln betrug 2018 gerade einmal 20 Millionen Euro. Derzeit bestehen über 20 Milliarden Euro Schulden. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung lag Sachsen-

Anhalt mit 8.692 Euro je Einwohner auf einem der hinteren Plätze im Bundesvergleich. Daher werden wir um höhere Bundeszuweisungen kämpfen.

Unsere Ziele:

- schnelle Rückkehr des Landes zum Pfad des Schuldenabbaus,
- auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen durch das Land,
- solidarische Lösung zwischen Bund, Land und Kommunen in der Altschuldenproblematik der Kommunen aushandeln,
- vollumfängliche und effiziente Nutzung aller angebotenen Fördermittel von der Europäischen Union und vom Bund durch Sicherstellung der notwendigen Kofinanzierungsmittel,
- effizienter Einsatz aller finanziellen Mittel von Land und Kommunen und deren Kontrolle durch den Landesrechnungshof,
- Steuergeldverschwendung bekämpfen – Landesrechnungshof stärken,
- höhere Bundeszuweisungen für Sachsen-Anhalt fordern,
- Feuerschutzsteuer zweckgebunden zur Finanzierung der Feuerwehren verwenden.

### **3. Bund-Land-Beziehung**

Im Grundgesetz ist verankert, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Bundesländern zu gewährleisten sind. Diese Forderung muss Maßstab für die Zusammenarbeit mit dem Bund sein. Wir fordern mehr Anstrengungen durch den Bund, Sachsen-Anhalt bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu unterstützen.

Die hinteren Plätze bei Bildung, Wirtschaftskraft, Investition, Altersstruktur, Mangelverwaltung in vielen Bereichen (Ärztmangel, Lehrermangel, Juristenmangel), Beförderungsstau bei der Polizei, Investitionsstau bei den Krankenhäusern, unterlassener Fördermittelabruf wegen fehlender Eigenmittel – all das muss in der Gesamtbetrachtung der Vergangenheit angehören. Dabei muss der Bund Sachsen-Anhalt im Interesse der Menschen, die hier leben, unterstützen, um dem Anspruch des Grundgesetzes gerecht zu werden.

Unabhängig vom Föderalismus-Prinzip, das wir FREIEN WÄHLER respektieren, wollen wir überprüfen, an welchen Stellen es sinnvoll ist, dieses Prinzip zu vernachlässigen. Beispielsweise halten wir bundesweit einheitliche Bildungsstandards für dringend erforderlich.

### **4. Europa**

Wir FREIEN WÄHLER sind proeuropäisch und befürworten den europäischen Einigungsprozess. Nur dieser garantiert uns Sicherheit und Frieden, Freiheit und Mobilität, wirtschaftlichen Wohlstand und Raum zur Selbstverwirklichung. Wir treten für ein

demokratisches Europa ein, das den Schutz der persönlichen Freiheit garantiert, nationale, regionale und lokale Identitäten aber nicht in Frage stellt.

Viele Gesetze und Verordnungen unseres Landes haben ihren Ursprung in Europa. Deswegen wollen wir im Interesse der Menschen in Sachsen-Anhalt so früh wie möglich Einfluss auf politische Entscheidungen in Brüssel nehmen. Europa muss für sie transparenter werden. Jedes relevante EU-Dokument muss es deshalb in deutscher Sprache geben.

Wir glauben an den Ausbau von Sachsen-Anhalt zur wirtschaftlichen und kulturellen Europaregion in Deutschland als Motor für neue Arbeitsplätze. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER:

- die Auflösung des überstürzt eingeführten Europäischen Stabilitätsmechanismus, um so ein höheres Budget für Investitionen in die Regionen zu bekommen,
- die Abschaffung von finanziellen Vorteilen in Folge des Brexits. Stattdessen sollte es finanzielle Anreize für Unternehmen geben, die sich in strukturschwächeren Gegenden, wie zum Beispiel der Altmark oder Mansfeld-Südharz niederlassen,
- die Einführung von Europabüros vor Ort in den Regionen, die der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Verwaltung als Anlaufstelle dienen,
- den Erhalt des Bargelds,
- den Erhalt und die staatliche Finanzierung der Meister-Ausbildung, denn sie garantiert qualitativ hochwertige Dienstleistungen im Handwerk und sichert dessen Fortbestand,
- den Erhalt des dezentralen Banksystems mit Volksbanken und Sparkassen, um auch zukünftig in ländlichen Regionen Gelddienstleistungen vorhalten zu können.

## IV. BILDUNG UND WIRTSCHAFT

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land und entscheidend durch Bildung, Wissenschaft und Forschung wirtschaftlich erstarbt und international anerkannt. Mit uns werden Bildung und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt in jeder Hinsicht gefördert. So wie ein Unternehmer in seinen Betrieb investieren muss, ist es erforderlich, auch in Bildung und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt zu investieren, um die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zu fördern. Bildung macht es erst möglich, sich für die eigenen Rechte einzusetzen und sich mit anderen Menschen zu solidarisieren.

## **A. Bildung auf hohem Niveau**

### **1. Frühkindliche Bildung**

Menschen bilden sich von Anfang an und ihr Leben lang. Dies bereits als Kind, indem sie sich der Welt mit Neugierde zuwenden – und zwar von Geburt an. Kindertagesstätten sind dabei besonders wichtige Orte von Bildung. Damit Bildungsprozesse gelingen, müssen Kindertagesstätten so ausgestattet sein, dass bei Kindern alle Sinne angeregt und sie zur Bewegung herausgefordert werden. Dazu gehört eine entsprechende personelle, räumliche und materielle Ausstattung.

Für faire Bildungschancen ist eine ausreichende Zahl an Plätzen nicht genug: Die Angebote müssen auch „gut“ und kindgerecht sein. Wichtige Gradmesser für die strukturelle Qualität in den Kitas sind der Personalschlüssel, die Gruppengrößen, das Qualifikationsniveau des pädagogischen Personals und ausreichend Leitungszeit. Im Jahr 2019 stand in Sachsen-Anhalt für 94 Prozent der Kinder in amtlich erfassten Kita-Gruppen nicht genügend Fachpersonal zur Verfügung. Dieser Anteil liegt deutlich über dem bundesweiten Wert von 74 Prozent. Über die von der Bertelsmann Stiftung empfohlene Zeit für Leitungs- und Verwaltungsaufgaben verfügten 2019 lediglich 6 Prozent der Kitas (ohne Horte; bundesweit: 17 Prozent).

Unsere Ziele:

- die Personalkapazitäten ausbauen,
- die Gruppengrößen bei unter 3-jährigen Kindern verringern,
- Zeitanteile für die mittelbare pädagogische Arbeit sowie Ausfallzeiten (zum Beispiel für Fort- und Weiterbildung, Leitungsarbeit, Krankheit) berücksichtigen,
- flächendeckend frühkindliche Förderung in allen Kitas durch gut ausgebildetes Personal.

### **2. Schule**

#### **Bildung muss für alle unabhängig vom Geldbeutel zugänglich sein**

Kinder haben einen Rechtsanspruch auf Teilhabe an Bildung, der sich aus der internationalen Kinderrechtskonvention ergibt. Sparen bei der Ausstattung der Schulen und der Anzahl der Lehrkräfte, was dann zu Unterrichtsausfall führt, stellt einen Verstoß gegen die internationale Kinderrechtskonvention und eine Verletzung des Anspruchs auf Teilhabe an Bildung dar. Mit uns werden mehr Lehrkräfte eingestellt und die neue große Herausforderung in der Bildungspolitik, nämlich die Digitalisierung, vorangetrieben.

Wir FREIEN WÄHLER werden uns dafür einsetzen, dass kein Kind in Sachsen-Anhalt verloren geht. Zum Erreichen dieses Ziels darf keine Maßnahme zu teuer sein. Der zweistellige



Prozentsatz von Schulabgängern, die die Schule ohne Abschluss verlassen, muss der Vergangenheit angehören. Diese seit Jahren bestehende Tendenz muss umgekehrt werden.

Wir wollen alle Schulen möglichst wohnortnah erhalten und fit für die digitale Zukunft machen. Wir setzen uns für eine stärkere Persönlichkeitsbildung, die Einbeziehung von Alltagskompetenzen und digitale Bildung im Schulalltag ein. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine Professionalisierung des Kultusministeriums, um die massiven Unterrichtsausfälle der letzten Jahre zukünftig zu vermeiden. Spardiktat und Fehlplanungen dürfen nicht dazu führen, dass in Sachsen-Anhalt ausgebildete Lehramtsanwärter\*innen in andere Bundesländer abwandern.

In einer immer mobiler werdenden Gesellschaft können wir es nicht mehr zulassen, dass Kinder bei Umzügen in ein anderes Bundesland Lernerfolge verlieren oder sogar ganze Schuljahre wiederholen müssen, weil die Unterschiede zwischen den Schulsystemen zu groß sind. Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb einheitliche Bildungsstandards für ganz Deutschland.

Unsere Kinder werden in einem digitalen Zeitalter leben. Dazu muss unser Nachwuchs den Umgang mit Technik ebenso lernen wie lesen, schreiben und rechnen. Digitale Fertigkeiten und Medienkompetenz sind heute schon die Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit.

Unsere Ziele:

- Ganztagschulen fördern und den Hort der Schule zuordnen,
- Sekundarschulen stärken,
- Förderschulen erhalten,
- achtjähriges Gymnasium beibehalten,
- keine Kompensierung des Lehrermangels durch Reduzierung der Unterrichtsstunden, insbesondere der Fächer Deutsch und Mathematik,
- vorhandene Schulstandorte erhalten,
- freie Schulen und freie Träger finanziell stärken,
- digitale Bildung von der Grundschule bis ins Studium,
- Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte ausbauen und weiterentwickeln,
- attraktive finanzielle Rahmenbedingungen für Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt (Einstiegsgehälter, Verbeamtung und Beförderung) schaffen,
- mehr finanzielle Mittel für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt für die Lehramtsausbildung bereitstellen,
- digitale Bildung als verpflichtenden Bestandteil der Lehrerbildung sowie
- digitale Lernformate an Schulen und Hochschulen nachhaltig etablieren.

### 3. Berufs- und Erwachsenenbildung

Wir FREIEN WÄHLER stehen uneingeschränkt für die Erhaltung und Ausbau des dualen Berufsausbildungssystems. Eine solide Ausbildung ist die Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben. Durch zurückgehende Zahlen der Auszubildenden stehen Berufsschulen vor einer großen Herausforderung. Wir wollen gewährleisten, dass Auszubildende möglichst wohnortnah in die Berufsschule gehen können und optimal ausgebildet werden. Die zunehmende Digitalisierung wird auch vor den Berufsschulen keinen Halt machen. Dafür benötigen die beruflichen Schulen die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, die wir FREIEN WÄHLER zur Verfügung stellen wollen.

Unsere Ziele:

- Berufsschulen aufwerten und besser personell und materiell ausstatten,
- Maßnahmen zur Berufsorientierung an Schulen ausbauen,
- staatliche Imagekampagne für die duale Ausbildung.

Wir FREIEN WÄHLER wollen das System der Erwachsenenbildung weiterentwickeln. Lebenslanges Lernen gehört zu den Schlüsselanforderungen unserer Zeit, da sich unsere Gesellschaft im permanenten Wandel befindet. Entsprechend schnell ändern sich die Anforderungen in Beruf und Alltag. Durch ein flächendeckendes Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten in ganz Sachsen-Anhalt wollen wir FREIEN WÄHLER die Grundlage dafür schaffen.

Unsere Ziele:

- Erwachsenenbildung in unserer Bildungslandschaft stärken,
- Wohnortnahe und bedarfsorientierte Bildungsangebote schaffen,
- Fördermittel für die Erwachsenenbildung erhöhen,
- Volkshochschulen und Abendgymnasien erhalten,
- berufsbegleitende Studiengänge weiterentwickeln und fördern,
- digitale Angebote ausbauen.

### 4. Forschung und Wissenschaft

Investitionen in Hochschulen sind Investitionen in die Zukunft Sachsen-Anhalts.

Die digitale Transformation verändert die Hochschul- und Forschungslandschaft maßgeblich. Davon betroffen sind in einem nicht zu unterschätzenden Umfang auch die Verwaltungen in ihrer Kernaufgabe, Lehre und Forschung bei dieser Transformation bestmöglich zu unterstützen. Alle Beteiligten müssen zunehmend mit digitalen Verwaltungsprozessen – und deren IT-Lösungen umgehen.

Wir müssen unser Hochschulsystem wettbewerbsfähig und damit zukunftssicher weiterentwickeln. Dafür ist es erforderlich, Universitäten und Hochschulen in ausreichendem Maße finanziell auszustatten. Dies gilt sowohl für Personal- als auch für Sachkosten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass an den Hochschulen so attraktive Arbeits- und Forschungsbedingungen geschaffen werden, dass die Hochschulen in Sachsen-Anhalt sowohl für Forschung und Lehre als auch für Studierende an Anziehungskraft gewinnen. Die Bedingungen für Unternehmensausgründungen (Startups) durch Wissenschaftler\*innen und Hochschulabsolvent\*innen müssen verbessert werden. So schaffen wir gut bezahlte Arbeitsplätze für Hochqualifizierte.

Unsere Ziele:

- Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen,
- Bezahlung des Lehrpersonals im akademischen Mittelbau verbessern,
- Festanstellungen statt Zeitverträge,
- digitale Lehr-, Lern- und Forschungsformate deutlich ausbauen,
- Lehrbeauftragte stärken,
- Stipendien für Studierende, die sich nach dem Studium verpflichten, in Sachsen-Anhalt zu bleiben.

## **B. Wirtschaft**

Grundlage für das Wohlergehen der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt ist eine starke und stabile Wirtschaft. Von deren Erträgen hängt der wesentliche Teil unserer Einnahmen in Form der Gewerbesteuer ab. Gleichzeitig sorgen diese Einnahmen für die finanziellen Spielräume in den Kommunen und Kreisen. Wir FREIEN WÄHLER sehen deshalb in der Förderung der Wirtschaft eine vordringliche Aufgabe der Landespolitik. Dazu gehört sowohl das proaktive Bemühen um den Erhalt und die Expansion der ansässigen Unternehmen als auch um Neuansiedlungen von Firmen. Nur hierdurch kann die Wirtschaftskraft nachhaltig gestärkt beziehungsweise erhöht werden.

Zentrales Thema unserer Arbeit wird eine Neufokussierung der Wirtschaftsregion Sachsen-Anhalt werden. Dabei sind vor allem die Forschung, die Weiterentwicklung, Nutzung und Förderung von regenerativen Energiequellen, die Informationstechnologie und die Logistik von großer Bedeutung.

### **1. Handel, Handwerk und Industrie**

Wir FREIEN WÄHLER wollen eine neue und nachhaltige Fokussierung der Wirtschaftsregion Sachsen-Anhalt unter den Prämissen des Strukturwandels. Dafür ist eine institutionalisierte

Wirtschaftsförderung im Wirtschaftsministerium, die als Partner der Kommunen und Landkreise auf die Akquisition von neuen nationalen und internationalen Investoren passend zur Standortstrategie ausgerichtet und personell ausgestattet wird, unverzichtbar. Wir werden den gezielten Ausbau vorhandener Wirtschaftscluster vorantreiben.

Eine drastische Reduzierung des bürokratischen Aufwandes für kleine und mittelständische Unternehmen halten wir FREIE WÄHLER für dringend erforderlich.

Wir setzen uns für die Entwicklung neuer Konzepte für Gewerbe-, Büro-, Handels- und Handwerkszentren für kleine und mittlere Unternehmen auf ungenutzten Gewerbeflächen in den vom Strukturwandel stark betroffenen Regionen im Land ein. Hierzu müssen richtungsweisende Förderprogramme entwickelt werden, um für diese Form der Ansiedlungsqualität kurzfristige Anreize zu schaffen.

In der Ansiedlung von produzierenden Unternehmen im Bereich der wasserstoffangetriebenen Fahrzeugtechnik (Busse, Bootsmotoren, Schienenfahrzeuge) sehen wir große Potenziale für die Zukunft.

Erneuerbare Energien sind keine Nische mehr. Mit bundesweit über 370.000 Arbeitsplätzen sind sie ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Mit lokaler Wertschöpfung und Beschäftigung sorgt die Energiewende für Standortvorteile – besonders in strukturschwachen Regionen. Dafür kann Sachsen-Anhalt aktiv werden: in der Forschungs- und Hochschulpolitik, in der Ansiedlung von Unternehmen zum Beispiel in der Windenergie und bei der Förderung von Netzwerken.

Wir fordern, dass die Digitalisierung im privaten, wirtschaftlichen und kommunalen Bereich durch die Verfügbarkeit von schnellen Internet- und Mobilfunkverbindungen ermöglicht wird. Der Ausbau ist in Sachsen-Anhalt zum Teil noch sehr unzureichend. Bisher schlecht versorgte Regionen müssen zeitnah versorgt werden, auch wenn dies zusätzliche finanzielle Mittel beansprucht oder die Partnerschaft mit privaten Investoren für den Netzbetrieb erforderlich macht.

Unsere Ziele:

- Wirtschaftsförderung weiter ausbauen,
- bürokratischen Aufwand für kleine und mittlere Unternehmen reduzieren,
- Meisterpflicht erhalten,
- Fördergeldtourismus vermeiden,
- neue Konzepte für Gewerbe-, Büro-, Handels- und Handwerkszentren entwickeln,
- Unternehmen für wasserstoffangetriebene Fahrzeugtechnik und erneuerbare Energien ansiedeln,
- schnelle Internet- und Mobilfunkverbindungen schaffen.

## 2. Förderung der Gründerszene

Sachsen-Anhalt zählt zu den Bundesländern mit der geringsten Anzahl an Unternehmensgründungen. Trotz exzellenter Universitäten bleibt eine nachgelagerte Gründung in Sachsen-Anhalt häufig aus. Fehlende Standortattraktivität und fehlende Absatzmöglichkeiten in der Region sind Gründe dafür. Das nahe Berlin als Gründermagnet und das benachbarte Leipzig stehen uns mit ihrer räumlichen Nähe zu Sachsen-Anhalt als starke Wettbewerber im Ringen um innovative Unternehmensgründer gegenüber. Es lohnt immer zu gründen, auch in Sachsen-Anhalt, wenn man eine gute Idee für einen bestimmten Markt hat und für die Anfangsphase genug Sicherheit erhält. Insbesondere das gezielte Ausrichten auf unverbrauchte oder stark in Veränderung befindliche Märkte bietet die Chance, Gründungen sinnvoll und erfolgreich in Sachsen-Anhalt zu organisieren.

Unsere Ziele:

- Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie staatliche Technologieträger/-partner ausbauen, die Zusammenarbeit mit diesen gezielter und stärker fördern,
- universitäre Ausgründungen in der Region mit landwirtschaftlichen Inhalten sowie im Umfeld der erneuerbaren Energien und der Informationstechnologie unterstützen,
- keine Offenlegung von stillen Gesellschaftern ohne Einflussmöglichkeit,
- rechtliche Rahmenbedingungen für eine faire Mitarbeiterbeteiligung zur Steigerung der Innovations- und Wirtschaftskraft schaffen,
- eine vom Wirtschaftsministerium initiierte und durchgeführte Anwerbung ausländischer Fachkräfte zur Sicherung des Fachkräftebedarfs,
- Verfahren zur Finanzmittelbeschaffung vereinfachen,
- Insolvenzrecht konkretisieren,
- eine vom Land finanzierte Unternehmensberatung zur Überwindung von strukturellen oder finanziellen Hindernissen in den ersten zwei Jahren,
- Co-Working Spaces fördern.

## 3. Energie - Wertschöpfung vor Ort

### Unsere Zukunft als Stromverbraucher, als Stromproduzent und als Stromexporteur

In Sachsen-Anhalt konnte in den letzten Jahrzehnten ein respektable Anteil an erneuerbaren Energien erarbeitet werden. Diesen gilt es weiter auszubauen und politische Maßnahmen zu ergreifen, die die Energiewende sinnvoll unterstützen.

Viele Windenergieanlagen sind mittlerweile in die Jahre gekommen und verlieren die Einspeisevergütung (gemäß EEG). Diese müssten durch leistungsstärkere und sichere neue Anlagen zur Sicherung der installierten Leistung ersetzt (Repowering) werden. Diese immense Aufgabe wird in Sachsen-Anhalt nicht richtig begleitet. Das Repowering bietet uns in Sachsen-Anhalt die Chance einer Neuverteilung der Potenziale und den dafür vorgesehenen und

zugesicherten Flächen. Des Weiteren wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Kommunen und Menschen vor Ort zusammen mit den Betreibern und Planungsbüros eine gute Basis für die energetische Zukunft Sachsen-Anhalts schaffen.

In Zeiten klammer Gemeindegeldern und niedriger Renditen sehen wir die regionale und dezentrale Energiewende als gute Investitionsmöglichkeit. Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung, dass unsere Gemeinden, Städte und Landkreise zusammen die Energiewende schaffen können. Von der Wertschöpfung vor Ort profitieren wir alle. Mit einer möglichst unabhängigen Stromversorgung in Sachsen-Anhalt wollen wir die Versorgungssicherheit für den Standort bei gleichzeitig bezahlbaren Strompreisen sichern.

Dazu werden wir innovative Technologien, zum Beispiel Wasserstoff, im Bereich der erneuerbaren Energien in den Fokus stellen und deren Weiterentwicklung begleiten. Die FREIEN WÄHLER unterstützen aktiv über die letzten Jahre die gezielte Forschung und produktive Nutzung von „grünem Wasserstoff“.

Unsere Ziele:

- eine Ansiedlungsstrategie für Unternehmen aus der Erneuerbare-Energien-Branche entwickeln,
- Förderprogramm für „grünen Wasserstoff“ für Power-to-Gas-Technologie auflegen,
- Sektorenkopplung (Verbindung der Sektoren Strom, Wärme, Verkehr) fördern und ausbauen – Etablierung von Leuchtturmprojekten,
- Speichertechniken fördern und ausbauen,
- energetische Gebäudesanierungen steuerlich fördern,
- Masterplan Elektromobilität – Ladeinfrastrukturstrategie und Förderprogramme,
- erneuerbare Energien unter Einbeziehung der Kommunen und Menschen vor Ort konsequent und nachhaltig ausbauen mit der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Teilhabe zum Beispiel mittels Strompreisrabatten,
- kommunale Teilhabe an der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien,
- Förderung von PV-Anlagen auf Gebäuden ausbauen.

## **4. Mobilität und Infrastruktur**

Mobilität ist der Motor unseres Lebens. Mobilität ist für uns Basis und Motivation für Wachstum, Wohlstand und Arbeit. Mobil zu sein bedeutet: Freiheit. Diese Freiheit wollen wir erhalten und nachhaltig ausbauen. Mobilität ist die wesentliche Voraussetzung für unsere Selbstbestimmung. Daher darf Mobilität auch nicht zu einer sozialen Frage werden. Die Zukunft der Mobilität müssen wir durch entsprechende Weichenstellungen und Anreize so ausrichten, dass insgesamt Emissionen deutlich reduziert werden und so ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

In der Zukunft der Mobilität geht es um mehr als die Diskussion über einzelne Verkehrsmittel und Antriebe. Die Mobilität von morgen ist neben technischen Innovationen stark von den sich wandelnden Bedürfnissen der Menschen geprägt. Dabei spielen insbesondere die Trends Individualisierung, Konnektivität, Urbanisierung und moderner Umweltschutz eine gewichtige Rolle. Die Mobilität steht vor einem grundlegenden Wandel: Vernetzung und Automatisierung, Prozesse der Digitalisierung werden umfassende Änderungen mit sich bringen. Wir brauchen Strategien, die nachhaltig eine Vielzahl von Konzepten und Maßnahmen miteinander verbinden.

Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen oder Verkehrsteilnehmer\*innen mit Verboten zu bevormunden, lehnen wir FREIEN WÄHLER ab. Vielmehr setzen wir auf einen Mix von leistungsfähigen Mobilitätsangeboten, innovativer Forschung und einer intelligenten Infrastruktur, welche die Kopplung der unterschiedlichen Verkehrsträger möglich macht. Der Handlungsdruck ist enorm hoch: Wir wollen den Klima- und Emissionszielen gerecht werden, negativen Effekten wie Stau, Gesundheitsschäden und Flächenversiegelung entgegenwirken und zugleich eine saubere und störungsarme Mobilität ermöglichen. Innerstädtische Verkehre, ebenso Autobahnen, Schienen- und Wasserwege, geraten an ihre Kapazitätsgrenzen. Gleichzeitig stellt uns der demografische Wandel, insbesondere in ländlichen Regionen, vor neue Herausforderungen in Bezug auf Mobilität und gute Erreichbarkeit.

Für den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehrssektor stehen mehrere Technologien zur Verfügung: der direkt-elektrische Antrieb, der Brennstoffzellenantrieb und der Verbrennungsmotor in Kombination mit synthetischen flüssigen oder gasförmigen Kraftstoffen. Jede einzelne dieser Antriebsarten weist je nach Einsatzgebiet generelle wie spezifische Vor- und Nachteile auf. Diese erstrecken sich von der Nutzung und dem damit einhergehenden Komfortgrad insbesondere auf unterschiedliche Kosten, Energiebedarfe, Energieeffizienzniveaus, Infrastrukturanforderungen und Rohstoffbedarfe sowie Wirkungen auf das Energiesystem.

80 Prozent der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt lebt im ländlichen Raum. Hier besteht die Chance, eine deutschlandweite Vorreiterrolle einzunehmen. Wir unterstützen, dass Sachsen-Anhalt Projektland für öffentliche Wasserstoff-Busse wird. Diese Busse erzielen gegenüber Elektrobussen die notwendige Reichweite, um die Entfernungen in einem Bundesland der Größe Sachsen-Anhalts auch zu gewährleisten.

Unsere Ziele:

- Streckennetzausbau vom ÖPNV in ganz Sachsen-Anhalt,
- flächendeckender Ausbau von barrierefreien Haltestellen überall im Land,
- Rufbussysteme im ländlichen Raum ausweiten,
- Taxigutscheine/Taxirabatte im ländlichen Raum, zum Beispiel für Arztbesuche, Jugendliche,
- kostenloses Schülerticket für alle Schüler,



- landesweite ÖPNV-App mit allen in Sachsen-Anhalt vorhandenen Verbundnetzen einschließlich der Option des Ticketkaufs,
- ÖPNV muss in kommunaler Hand bleiben,
- ICE-Halt in jeder Großstadt,
- alternative und flexible Systeme fördern, zum Beispiel Bürgerbusse,
- Flussfähren durch den Straßenbaulastträger anstatt durch die Gemeinden betreiben.

## 5. Strukturwandel

Der Kohleausstieg kommt und mit ihm ein Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier. Um den ökologischen Fortschritt nicht zum ökonomischen Desaster werden zu lassen, ist es von enormer Bedeutung, den Süden Sachsen-Anhalts nicht weiter in einer sozialen Abwärtsspirale sich selbst zu überlassen. Mit dem von der Bundesregierung festgelegten Kohleausstieg gehen neben den vielen Chancen für die Umwelt weitreichende wirtschaftliche und soziale Risiken für eine ganze Region einher. Der mit dem Jahr 1989 eingeläutete politische und wirtschaftliche Strukturwandel hat 30 Jahre danach tiefe Spuren hinterlassen. Insbesondere das südliche Sachsen-Anhalt leidet heute noch an den Folgen der ausgelöschten Chemieindustrie vom Anfang der 1990er Jahre. Das darf kein zweites Mal passieren. Mit knapp 5 Milliarden Euro soll der Region der Übergang in ein neues wirtschaftliches Zeitalter ermöglicht werden. Weniger als 15 Jahre bleiben dafür Zeit. Mehrere tausend direkte und indirekte Arbeitsplätze sind in Gefahr, und es droht der weitere Wegzug von Menschen und das letztlich daraus resultierende Sterben einer ganzen Region. Wir FREIEN WÄHLER sehen hier unbedingten Handlungsbedarf.

Politik kann hierbei die Rahmenbedingungen schaffen, in denen der Strukturwandel gelingt. Neue Jobs sind eine wichtige Voraussetzung für einen gelungenen Wandel. Diese in den betroffenen Regionen zu schaffen, ist oberstes Ziel. Der mitteldeutsche Raum muss für Unternehmen und Fachkräfte attraktiver gemacht werden. Dazu gehören zügige Genehmigungsverfahren genauso wie Investitionen in weiche Standortfaktoren wie Kinderbetreuung und kulturelle Einrichtungen. Vorhandene Gewerbegebiete müssen gestärkt und die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden.

Unsere Ziele:

- die Gründung einer geeigneten Behörde der Landesregierung für den Strukturwandel mit Sitz in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen für die Dauer von mindestens 20 Jahren,
- ein klares Bekenntnis zur Nachforderung der finanziellen Mittel gegenüber der Bundesregierung und der Inanspruchnahme und Akquise von zusätzlichen EU-Mitteln,
- eine parlamentarische Kontrollkommission für die treuhänderische Verwaltung und Freigabe der Gelder aus dem Kohleausstieg und zur Vermeidung von Fehlentwicklungen,

- die Zusage zur Ansiedlung von Bundes- und Landesbehörden sowie weiteren öffentlichen Einrichtungen mit mindestens 1000 Arbeitsplätzen zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft in der Region für mindestens 40 Jahre nach dem Kohleausstieg,
- gezielte Fördermaßnahmen für Neuansiedlungen mit langfristiger Bindung,
- finanzielle Unterstützung für Unternehmen in der Region, die indirekt betroffen sind (Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungsbereiche),
- befristete Abwandlung des öffentlichen Vergaberechts (national) für Aufträge in der Region (Aufwertung des Vergabekriteriums: regionaler Anbieter) hinsichtlich der Beauftragung zugunsten von ansässigen Unternehmen,
- gezielte Standortstrategie mit Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und damit verbundene Produktions- und Dienstleistungsbereiche,
- Etablierung einer Start-up-Szene im mitteldeutschen Revier,
- langfristige und starke Unterstützung der Region im Bereich der touristischen Entwicklung durch die Landesregierung.

## C. Unsere Heimat 2.0 – Digitale Zukunft

### 1. Netzausbau

Schnelles Internet ist ein wichtiger Standortfaktor. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie notwendig ein leistungsfähiges Breitbandnetz ist. Doch gerade die ländlichen Gebiete hinken beim Ausbau hinterher. Der flächendeckende Breitbandausbau muss daher eine zentrale Aufgabe sein. In jedem Winkel Sachsens-Anhalts muss ein leistungsfähiges Netz für jede Privatperson und jedes Unternehmen zur Verfügung stehen. Letztendlich können die Unternehmen nur dann im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen, wenn sie über eine ausreichende Anschlusskapazität verfügen.

Unsere Ziele:

- Rechtsanspruch auf einen Hochgeschwindigkeitsanschluss,
- Breitband-Infrastruktur im gesamten Land,
- Möglichkeit zur individuellen Förderung, auch von kleinen Gemeinden, die einen Ausbau teilweise selbst vorantreiben möchten,
- Geschwindigkeits-Garantie für Internet-Anschlüsse,
- schnelles mobiles Internet im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr,
- flächendeckender Ausbau eines leistungsfähigen Mobilfunknetzes.

### 2. Digitale Bildung

Unsere Kinder wachsen in einem digitalen Zeitalter auf. Der Umgang mit der Technik, digitale Fertigkeiten und Medienkompetenz müssen erlernt werden und sind die Voraussetzung für die

gesellschaftliche Teilhabe. Schulen und Hochschulen spielen eine besondere Rolle bei der Vermittlung eines verantwortungsvollen Umgangs mit den digitalen Medien. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden sowie die Ausstattung der Schulen und Hochschulen müssen daher gestärkt werden.

Die zunehmende Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Lebenswelt grundlegend. Tätigkeitsfelder, sogar ganze Berufsbilder wandeln sich. Daher werden neue Qualifikationen und damit auch neue Bildungsinhalte benötigt. Digitale Bildung ist zukünftig der Schlüssel zur Teilhabe an einer digitalen Welt. Gleichzeitig entstehen neue Möglichkeiten für Bildung durch die Digitalisierung: neue didaktische Mittel, Verbreitungswege und Zugang zu Wissen und Informationen.

Digitale Bildung muss deshalb in allen Lebens- und Bildungsphasen vermittelt werden. Die Basis dafür bildet eine funktionierende digitale Infrastruktur an allen Lernorten. Breitbandanschluss und die Möglichkeit, eigene digitale Geräte sicher zu nutzen, sind Grundvoraussetzung dafür, die Chancen der Digitalisierung für die Bildung zu nutzen.

Digitales Lernen beginnt nicht erst mit dem Schuleintritt. Wir wollen deshalb Eltern und Lehrende dabei unterstützen, einen kompetenten und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln.

Unsere Ziele:

- digitale Bildung als verpflichtender Bestandteil der Lehrerbildung, damit Lehrende über die erforderlichen Fähigkeiten zur Vermittlung digitaler Kompetenzen verfügen,
- digitale Lehrinhalte in Bildungspläne aller Schulformen dauerhaft einbinden,
- Mindeststandards hinsichtlich IT-Infrastruktur an Schulen festlegen und umsetzen,
- bürokratische Hürden bei der Beantragung von Fördermitteln für IT-Ausstattung abschaffen,
- digitale Lernangebote auch für ältere Menschen (Erwachsenenbildung),
- Aufnahme von allgemeiner Informatik und Datenanalyse als interdisziplinäre Elemente in anderen Hochschul-Fachbereichen forcieren,
- Wissenstransfer von der Hochschule in die betriebliche Praxis intensivieren.

### **3. Cyber-Sicherheit**

Cybersecurity oder IT-Sicherheit bedeutet Schutz von Netzwerken, Computersystemen, cyber-physischen Systemen und Robotern vor Diebstahl oder Beschädigung ihrer Hard- und Software oder der von ihnen verarbeiteten Daten sowie vor Unterbrechung oder Missbrauch der angebotenen Dienste und Funktionen. Hierbei handelt es sich sowohl um persönliche als auch um betriebliche Daten. Insgesamt richtet sich Cybersecurity häufig gegen Cyberkriminalität, welche in den vergangenen Jahren deutlich angewachsen ist.

Die Omnipräsenz von WLAN und von intelligenten Geräten wie Smartphones, Lautsprechern und Wearables, die Vernetzung von Geräten und Systemen, nicht zuletzt im Kontext des Internets der Dinge und von Cloud Computing, sowie die Verbreitung von Robotern und KI-Systemen, die mit Menschen und Maschinen interagieren und kommunizieren, machen Cybersecurity zum Thema und zum Gebot der Stunde. IT-Konzepte, -Richtlinien und -Maßnahmen sowie spezielle Soft- und Hardware helfen dabei, Systeme und Daten zu schützen. Im Fokus ist der unerwünschte bzw. unerlaubte physische Zugriff auf die Hardware sowie der Zugriff auf Hard- und Software über Netzwerke und Schadsoftware durch Hacker und andere Beauftragte bzw. Unbefugte.

Zu den größten Herausforderungen gehört das Fehlen zentraler Einrichtungen für Cybersecurity, weltweit gültiger Absprachen und Regelungen, um Cyberkriminalität zu erkennen und zu bekämpfen sowie Cyberresilienz (Widerstandsfähigkeit und Belastbarkeit der IT-Systeme und -Strukturen) hervorzubringen. Im Zusammenhang mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind neue Dokumentations- und Meldepflichten zu erfüllen, etwa in Hinsicht auf Datenschutzverletzungen. Wir FREIEN WÄHLER wollen uns um all diese Fragen der Cybersecurity kümmern, welche in der heutigen Zeit Grundlage für eine funktionierende, stabile Volkswirtschaft sind.

Unsere Ziele:

- weitere IT-Spezialist\*innen bei der Landespolizei einstellen,
- IT-Sicherheitsgesetz auf neue Gefährdungen anpassen,
- Sicherheitslücken schließen, regelmäßige Softwareupdates durchführen,
- Sicherheitsbehörden mit modernster Technik ausstatten,
- Wirtschaft bei IT-Sicherheit unterstützen und Software für Verschlüsselung fördern,
- Polizei und Justiz beim Vorgehen rechtswidriger Inhalte durch mehr Personal und bessere Ausstattung stärken,
- Kinder vor Pädophilen schützen, Cyberrooming strafbar machen,
- Austausch zwischen IT-Spezialist\*innen aus der Wirtschaft und der öffentlichen Hand fördern.

## **4. Industrie 4.0**

Das Zukunftsprojekt Industrie 4.0 beinhaltet die intelligente Vernetzung von Maschinen und Abläufen in der Industrie mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologie. Menschen und Maschinen kommunizieren miteinander, um die Wertschöpfungskette zu optimieren. Hierbei ergeben sich neue Möglichkeiten, um dadurch innovative Produkte und Leistungen zu generieren. Digitale Vernetzung von verschiedenen Unternehmen, flexible und individualisierte Produktionsabläufe, kundenzentrierte Lösungen und optimierte Logistik bieten große Chancen. Millionen Arbeitsplätze hängen von der produzierenden Wirtschaft ab. Sie tragen entscheidend zur internationalen Wettbewerbsstärke der deutschen Industrie bei. Um

diese Wettbewerbsstärke zu erhalten und auszubauen, gilt es, das enorme Potenzial der Industrie 4.0 frühzeitig zu erschließen und den digitalen Strukturwandel der Industrie aktiv mitzugestalten.

Letztlich verändert die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die Art und Weise, wie in Deutschland und der Welt gearbeitet wird. Das eröffnet neue Chancen. Intelligente Assistenzsysteme, wie Lasten- und Serviceroboter, ermöglichen es älteren Menschen, länger im Berufsleben zu bleiben. Zugleich können Firmen Abläufe flexibler gestalten und an den Bedürfnissen der Belegschaft ausrichten – für eine bessere Work-Life-Balance.

Damit diese vierte industrielle Revolution gelingen kann, müssen jedoch noch einige Herausforderungen gemeistert werden: Wir müssen Fragen zu Arbeitsorganisation, IT-Sicherheit und Datenschutz frühzeitig mit allen relevanten Akteuren diskutieren. Zusammen müssen wir die Qualifizierung von Fachkräften sowie die Entwicklung einheitlicher Normen und Standards angehen.

Unsere Ziele:

- strategische und enge Verknüpfung mit allen Akteuren der Industriegesellschaft forcieren,
- Schlüsseltechnologien im Bereich Industrie 4.0 schützen,
- Wirtschaftsförderung verstärkt auf Startups, Mittelstand und Industrie 4.0 ausrichten,
- Breitbandanschluss für jedes Unternehmen schaffen,
- berufliche Bildung und Studienangebote anpassen.

## 5. E-Government

Eine moderne öffentliche Verwaltung leistet einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region. E-Government ermöglicht Bürger\*innen und Unternehmen den unkomplizierten und zeitlich unabhängigen Zugang zu den Leistungen der Verwaltung. Der Gang zum Amt wird so in den meisten Fällen überflüssig. Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln durch den Einsatz von E-Government-Verfahren schneller, kostengünstiger, effizienter und transparenter. Wir FREIEN WÄHLER betrachten den Ausbau von E-Government-Maßnahmen als einen wichtigen Baustein für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Sachsen-Anhalt. Die Bürger\*innen erhalten online Zugang zu allen erdenklichen Servicediensten der Behörden, unabhängig von Zeit und Ort. E-Government bedeutet gleichzeitig auch neue Mitbestimmungs-, Gestaltungs- und Informationsmöglichkeiten in unserer Demokratie.

Unsere Ziele:

- mehr elektronische Behördendienste bereitstellen,
- Kommunalverwaltungen bei der Digitalisierung der Verwaltung unterstützen,

- einen hürdenfreien elektronischen Zugang zu Informationen und Auskünften gewährleisten,
- Angebote für einen umfassenden bürger- und unternehmerfreundlichen Service der öffentlichen Verwaltung ausbauen,
- Online-Eintragungen bei Volksbegehren und Volksinitiativen einführen,
- Kommunen bei der Schaffung von Live-Streaming-Angeboten von Gemeinde-, Stadtrats- und Kreistagssitzungen für mehr Transparenz unterstützen,
- umfängliche Vernetzung von Behörden.